

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 14. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtgepaltene Kopierzeile  
kostet 2.— Pf., Teuerungszuschlag 50%.  
„Kleine Anzeigen“, das ist  
gedruckte Wort 1.— Pf., (zuletzt  
gedruckte Worte), jedes weitere  
Wort 60 Pf., Stellenangebote und  
Schlafstellenanzeigen das erste Wort  
55 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.,  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte, Teuerungszuschlag 50%.  
Familien-Anzeigen für Abonnenten  
Zelle 1.— Pf., politische und  
gesellschaftliche Vereine-Anzeigen  
1.— Pf., die Zelle ohne Aufschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 3 Uhr nachmittags im  
Hausgeschäfts-Büro SW. 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

**Bezugspreis:**  
3 Bände à 10.— Pf., monatlich 10.— Pf.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
zeitung: Monatlich 10.— Pf., inkl. Post-  
zeitungsgebühren. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16.— Pf.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmaliger Postzeitung 21.50 Pf., Post-  
zeitungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-  
mark, Holland, Preussisch-Schlesien  
und die Schweiz. — Eingetroffen in  
die Post-Zeitungs-Veranstaltung.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk u. Welt“ erscheint wochen-  
täglich zweimal: Sonntags und Kon-  
tags einmal.

Telegramm-Adresse  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Die Kohlenfrage ungelöst.

### Der Ernst der Lage.

Spa, 13. Juli. Amtlich. Heute vormittag 11 Uhr tagte die gemischte Kommission, die gestern nachmittag von der Konferenz eingeleitet worden war, um die Vorschläge der deutschen Regierung in der Wieder-gutmachungsfrage erläutern zu lassen. Die deutsche Delegation war durch Finanzminister Dr. Wirth und Dr. Karl Melchior als wirtschaftlichen Beirat des Ministers des Auswärtigen, Geheimen Rat Wiedfeldt als Beirat des Wirtschaftsministers, Staatssekretär Bergmann als Vertreter des Bergbauamtsministeriums und der Kriegs-lastenkommission und einem Sekretär vertreten.

Der Präsident der Kommission stellte fest, daß es sich nur um eine Enquete, nicht um eine Beratung handele und richtete an die deutschen Delegierten eine Reihe von Fragen, durch die verschiedene Punkte der deutschen Vorschläge aufgeklärt wurden. Sodann hat er die deutsche Delegation in eine bestimmte Auskunft über die Höhe des finanziellen Angebots, insbesondere der Jahreszahlung, Reichsminister Wirth stellte eine solche Antwort für den späteren Nachmittag in Aussicht.

Inzwischen hatten die deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Tonnen-lieferungen an die Alliierten verhandelt und das Angebot in schriftlicher Form gemacht. Eine Einigung war nicht zustande gekommen. In dem am Nach-mittag beim Herrn Reichskanzler abgehaltenen Minister-rat wurde infolgedessen beschlossen, die gewünschte Auskunft an die gemischte Kommission zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittags-Sitzung des engeren Rates der Kon-ferenz die Kohlenlieferung, die jedem wirtschaftlichen An-gebot zur Basis dienen müßte, festgestellt worden sei.

In der Sitzung des engeren Rates forderte der Präsident der Konferenz die deutschen Delegierten so-gleich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Kohlenfrage auf. Reichsminister Dr. Simon entwickelte die Gründe, aus denen es der deutschen Regierung unmöglich sei, eine Ausage wegen Kohlenlieferungen zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und ins-besondere der Bergwerksarbeiter gefunden habe. Er machte auf den durch die Blockade geschwächten Gesund-heitszustand der Bergarbeiter aufmerksam, der es ihnen ohnehin erschwere, Ueberstunden zu leisten, und der eine weitere Steigerung der Produktion nur gestatte, wenn man die Er-nährung verbessere und für eine größere Zahl Bergarbeiter angemessene Wohnung schaffe.

Unter dieser Voraussetzung könne man zusagen, das Tageslieferquantum vom 1. Oktober 1920 ab um 12000 Tonnen, also auf 56000 Tonnen, und vom 1. Oktober 1921 ab um weitere 12000 Tonnen auf 68000 Tonnen zu erhöhen. Der Minister erklärte, daß eine weitere nicht unerhebliche Steigerung möglich sein werde, wenn in Oberschlesien für Ruhe gefordert würde, so daß Ueberschichten geleistet werden können. Dazu sei erforder-lich, den Abstimmungsstermin sobald als möglich an-zusetzen, weil bis dahin die friedliche Arbeit durch Agitation aller Art gestört werde. Noch besser würde es sein — aber damit gebe er nur eine Anregung, ohne einen Antrag zu stellen —, wenn man die Abstimmung überhaupt auf-gäbe und über die Kohlenlieferung an Polen und die anderen auf die ober-schlesische Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Alliierten eine Vereinbarung träfe. Diese Zustimmung sei notwendig, weil durch den Friedensvertrag für Frankreich, Italien und Belgien eine Art internationaler Synthese auf das deutsche Kohlenvorkommen unter gewissen Bedingungen geschaffen sei. Nach seiner Ueberzeugung würde auf diese Weise Polen von der deutschen Bergwerksverwaltung mehr Kohlen erhalten können, als wenn es die Verwaltung selbst in die Hand bekäme. Die Abstimmung in Oberschlesien sei zwar zweifelhafter als die in Schleswig und Allenstein, sie werde aber von uns nicht gefürchtet; was wir fürchteten, sei nicht die Abstimmung, sondern die mit ihr verbundene Un-ruhe und Verwirrung. Der Minister hat daher, diese An-regung zur Gewährung einer neuen Verhandlungsgrundlage in Erwägung zu ziehen.

Präsident Delacroix erwiderte, daß diese Antwort die alliierten Regierungen mit größtem Bedauern er-fülle und eine sehr ernste Lage schaffe. Man habe ge-hofft, in Spa zu einem wirklichen Frieden zu ge-langen. Der deutsche Außenminister habe das Vorrecht der Alliierten auf die deutsche Kohle anerkannt. Das Recht sei sehr mahvoll geltend gemacht worden, aber die deutsche Delegation lasse es unberücksichtigt. Unter diesen Umständen müsse er die Sitzung aufheben und be-halte sich vor, den Delegationen einen Beschluß über einen neuen Termin mitzutheilen.

V. S. Spa, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die heutige Sitzung der Konferenz, an der nur die Häupter der Delegation teilnahmen, hat eine äußerst kritische Lage her-beigeführt. Es ist sozusagen ein Mittelweg zwischen Abbruch und Weiterberatung. Der Vorsitzende hat sich den Entschluß vorbe-halten, die nächste Sitzung einzuberufen, indem er die Mög-lichkeit offen ließ, daß es zu einer neuen Sitzung überhaupt nicht komme. Dies kam daher, daß eine Einigung über die Kohlenfrage nicht erzielt werden konnte.

Man ist bei der Beurteilung der Lage auf Maßnahmen an-gewiesen. Man braucht nicht gleich mit einem Abbruch der Ver-handlungen zu rechnen. Ich erwarte, daß die Alliierten die Vor-schläge Foch und Wilson, welche bereits vor fünf Tagen nach Paris bzw. London zurückgekehrt waren, wieder nach Spa gerufen haben, um mit ihnen die Frage eines etwaigen Einmarsches ins Ruhrgebiet zu besprechen oder viel-leicht auch nur, um auf Deutschland einen Druck damit aus-züben. Jedenfalls muß man auf alle Eventualitäten gefaßt sein. Für die Beurteilung der Lage durch die deutsche Arbeiterschaft muß allein maßgebend bleiben, daß die führenden Vertreter der deutschen Bergarbeiterschaft einstimmig erklärt haben, daß man auf keinen Fall über das Angebot hinauszugehen dürfe, das der Entente bereits gemacht wurde.

Ueber die Sitzung der gemischten Kommission, die heute vormittag stattfand, erzählt man noch, daß diese Kommission nunmehr den Namen einer Untersuchungskommission tragen soll, der die Aufklärung über die deutschen Angebote und über die Reparationsangebote obliegt. Es werden unter Umstän-den Unterkommissionen für Spezialfragen gebildet wer-den. Die Alliierten haben im Laufe dieser ersten Sitzung die For-derung nach Rennung einer bestimmten Gesamtent-schädigungssumme gestellt. Die deutsche Delegation hatte jedoch nachmittags beschlossen, ehe man diesem Wunsch nach-komme, das Endergebnis in der Kohlenfrage abzuwarten.

### Der deutsche Standpunkt.

V. S. Spa, 12. Juli 1920. (Eigener Drahtbericht des „Vor-wärts“.) So unübersichtlich die Zukunft der Konferenz von Spa gegenwärtig auch sein mag, der deutsche Standpunkt in der kritischen und entscheidenden Kohlenfrage ist äußerst klar. Wir wollen so viel leisten, wie überhaupt denkbar ist, in der Erkenntnis der schwierigen Situation, in der sich Frankreich infolge der Zer-fällung eines Teiles seiner Gruben befindet und in dem festen Willen, den unterzeichneten Friedensvertrag bis zur Grenze des Möglichen zu erfüllen. Aber wir wollen auch nicht unsere eigene Industrie ruinieren, unser eigenes Volk ins Chaos stürzen. In dem Versailles Vertrag hat sich übrigens auch die Entente ver-pflichtet, Deutschland ein Existenzminimum zu lassen. Der Streit läuft eben auf die Einschätzung dieses Existenzmini-mums hinaus. Wenn allein die Unternehmer reikläri hätten, 44000 Tonnen sei das vorläufige Maximum, was wir abgeben können, so läme allerdings ein gewisses Mißtrauen von Seiten der Arbeiterschaft in Frage. Aber da diese Zahl im außerordentlichen Einvernehmen mit den Berg-arbeitersführern bestimmt wurde, ist die Möglichkeit für die Haltung des deutschen Proletariats gegeben. Das Verdienst an Qued Reibe teilen der unabhängige Abgeordnete Bisper und der Zentrumsdarbenordnete Imbusch. Alle drei haben an-sämllichen Beratungen teilgenommen, alle drei haben die Verantwortung für die Billigung des deutschen Angebots im Namen ihrer Parteigenossen und Arbeitssollegen übernommen. An der deutschen Sozialdemokratie ist es, im Hinblick auf die schweren Komplikationen, die sich schon in den nächsten Tagen ereignen können, das gesamte Proletariat auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß die Haltung der deutschen Regierung in der Kohlen-frage wesentlich durch das Datum der Arbeiterschaft aller Richtungen bestimmt wurde, und daß dagegen auf der Seite der Entente ausschließlich die Kapitalistengruppen Sachverständige hatten. Die Lebensinteressen der deutschen Ar-beiterklassen stehen auf dem Spiele.

Ferner wird noch ein Argument angeführt werden: Tatsächlich würde das deutsche Angebot einen Bruch des Versailles Friedens darstellen, da es weit hinter den Zahlen zurückbleibt, die das Friedensdokument auferlegt hat. Aber dieser Bruch ist durch höhere Gewalt bestimmt. Seine Ursache ist die tatsäch-liche Unüberwindlichkeit gewisser wirtschaftlicher Klaukeln des Versailles Vertrages, worauf die Entente vor der Unterschei-nung aufmerksam gemacht worden war. Würden wir jetzt Leistungen versprechen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht erfüllen können, dann würden unsere Unterhändler eine schwere Verantwortung auf sich nehmen. Es würde in den kommenden Monaten unausgeleht zu neuen Komplikationen mit der Entente kommen, wegen der Nichterfüllung unserer in Spa übernommenen Verpflichtungen. Die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets würde bei jedem dieser neuen Konflikte wieder ausgesprochen bzw. in die Tat umgesetzt werden. Eine Unterwerfung würde also nicht eine Befreiung, sondern nur eine Vertagung dieser Gefahr be-deuten.

## Politik und Teuerung.

Von Philip Snowden.

Wir entnehmen die folgenden Ausführungen dem Juliheft der von der „Union of Democratic Control“ herausgegebenen „Foreign Affairs“. Angesichts der Verhandlungen von Spa scheinen sie uns besonders bedeutungsvoll. Redaktion des „Vorwärts“.

Wenn ich gebeten werde, in zwei Worten eine Erklärung über die Ursache der hohen Preise abzugeben, so werden diese beiden Worte nicht sein: außerordentlicher Rohnummielaufl, große Inflation, übermäßige Ausnutzung, gesunkene Pro-duktion, hohe Steuer, nationale Schulden oder hohe Löhne. Meine beiden Worte werden heißen: Auswärtige Politik, alle anderen Faktoren in dem Problem der hohen Preise sind sekundär. Ich spreche von den abnorm hohen Preisen von heute und nicht von der mäßigen Auf-wärtsbewegung vor 1914, die auch von internationalen Ur-sachen ausging. Das jetzige Phänomen der hohen Preise besteht in der ganzen Welt und kommt von den Einflüssen, die in der ganzen Welt wirksam sind.

Die auswärtige Politik brachte den Krieg zustande, der Krieg zerstörte das ökonomische Leben ganz Europas. Er hat Handel und Finanzen in Amerika und Asien ver-wirrt. Er ließ die kriegsführenden Länder belastet mit un-möglichen Schulden und zermalenden Steuern zurück, er hat Millionen von Aekern zerstört, die einst produktive Felder waren, die der Industrie Nahrung und Rohmaterialien ver-schaffen haben, er hat Millionen von Menschen geschädigt, die produktive Arbeiter waren, er hat weitere Millionen körper-liche Kräfte vermindert und verflümmelt.

Es war die auswärtige Politik, die den Krieg ver-ursachte. Es ist die auswärtige Politik, welche die wirtschaftliche und finanzielle Wieder-herstellung von Europa verhindert. Auf jedes Jahre war die Welt abgetrennt von dem Markt Ruß-lands, mit seiner Bevölkerung von 180 Millionen, mit seinen weiten natürlichen Hilfskräften und seinem großen Vorrat an Material. Deutschland, das der Hauptquell des Wirtschaftslebens Europas war, ist mit Vorbedacht durch die Bedingungen des Pariser Vertrages als industrielle Macht lahmgelagert worden. Das wirtschaftliche Wesen Oesterreich-Ungarns ist vernichtet worden, und der größte Teil von Mittel- und Osteuropa ist in Staaten zer-legt worden, die unfähig sind, ein unabhängiges Wir-tschaftsleben zu führen.

Die Bevölkerung Großbritanniens mußt über die hohen Preise, sie glaubt an alle möglichen eingebildeten Ursachen und läßt die wirklichen unberührt. Sie mußt über die wech-selnden Zuckerpriese, aber sie unternimmt nichts, um zur Wiederherstellung Deutschlands und Oesterreichs zu helfen, deren Zuckerindustrien dem britischen Volke billigen Zucker in den Tagen vor dem Kriege gaben. Sie bezahlten ungefähr das Vierfache des Vorkriegspreises für Brot. Die große Mehrheit des britischen Volkes duldet still die englische Politik gegen Rußland, durch die der Preis der Nahrungs-mittel in Großbritannien auf diese abnorme Höhe getrieben wurde.

Die Wohnungsfrage bleibt ungelöst. Die Kosten des Baumaterials machen ökonomische Bauten unmöglich. Die Grundursache hiervon ist die auswärtige Politik. Die Hilfe, die Rußland uns geben würde durch den Export von Bauholz, wird durch die auswärtige Politik der Entente unmöglich. Auf jedes Pfund Zucker, auf jeden Laib Brot, auf jedes neue Haus zahlt das britische Volk Hunderte von Prozenta als indirekte Steuer dank der auswärtigen Politik.

Wir sind bereit, alles als Erklärung für die hohen Preise anzunehmen, außer der wirklichen Erklärung. Lebens-werte Anstrengungen, eingegeben vom Mitgefühl, werden ge-macht, um den sterbenden Völkern der hungernden euro-päischen Länder Hilfe zu geben. Die englische Regierung er-läßt wie toll Aufträge in den Anzeigenteilen der Zeitungen an das geldverlegende Publikum, die es veranlassen sollen, Schachamweifungen zu zeichnen, um die schwebende Schuld zu vermindern. Aufträge zur nationalen Sparsamkeit als dem Weg, die Preise niedrig zu halten, prangen in jedem Stadt-viertel. Weder die Regierung noch die Bevölkerung schenkt ihnen viel Aufmerksamkeit.

Sozialisten und Arbeiter befrworten die Kapitalsteuer zur Verminderung der Nationalschuld als Mittel, niedrige Preise zu bringen. Die Handelstrübs werden als die Schür-fen dieses Dramas verkündet und strenge Vorschriften für sie gefordert.

Und während dieser Zeit beherricht die alle aus-wärtige Politik die Angelegenheiten der Welt und er-strebt jede Anstrengung, die wirtschaftliche Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen und den Friedensvertrag zu revidieren. Der Chef des Stabes teilt dem Vande mit, daß die Hoffnungen auf Frieden geringfügig sind und mahnt die Menschen, die gekämpft haben, um den Krieg zu beendigen, fertig und bereit zu sein für weitere Kriege. Die gewaltig Kriege, die wir hinter uns haben, und die viel

größerer, die uns besprochen worden, sind das Resultat der auswärtigen Politik.

Eine Kapitalsteuer, die Verminderung der nationalen Schuld, die Kontrolle der Trusts, das Herabsetzen der Zinfussationen und des Notenumlaufs, haben nicht den geringsten Nutzen, wenn dem Staatsmann erlaubt wird, die gegenwärtige fehlerhafte auswärtige Politik weiter zu verfolgen. Alle diese Anstrengungen verführen, weit weg von der Quelle des Übels, den Strom einzudämmen.

Das Lebenswichtigste, und das muß dem englischen Volke eingepreßt werden, ist, daß die auswärtige Politik die nationalen Angelegenheiten beherrscht, und daß es keinen Zweck hat zu versuchen, die wirtschaftlichen Bedingungen zu verbessern, solange die auswärtige Politik von dem gegenwärtigen Geiste geführt wird, von den gegenwärtigen Zielen beherrscht, den Versuch unternimmt, engen, selbstmörderischen nationalen Ehrgeiz zu befriedigen.

Der Weg, die Preise herabzusetzen, ist, die Kräfte aufzuheben und zu erkennen, daß die Welt eine wirtschaftliche Einheit ist, und daß die Zerstörung des Handels eines Landes unheilvoll auf die wirtschaftlichen Bedingungen anderer Länder zurückwirkt. Wenn die Nationen nur die Erkenntnis dieser Tatsachen anwenden und verwirklichen würden, so schiedt wie auch die Lage der Welt ist, sie könnte durch internationale Zusammenarbeit schnellstens wieder hergestellt werden! Die internationale Zusammenarbeit, die solche Wunder der Produktion für den Zweck des Krieges geleistet hat, könnte sehr bald den zerstörten Feldern neue Kraft und reichliche Ernten geben.

Es gibt keinen anderen Weg, die Preise herabzusetzen. Wenn diese Politik nicht angewendet wird, dann werden die Dinge vom Schicksal zum Schlimmeren treiben. Militärische und maritime Expeditionen müssen aufhören. Die Hilfsquellen der Völker in Menschen und Material müssen menschlischer und produktiver Arbeit gewidmet werden, nicht der Zerstörung von Leben und Gesundheit.

Die Ursache der hohen Preise ist die auswärtige Politik. Dämmert das dem Volk dieses Landes mit Energie und Beherlichkeit ein. Verändert die auswärtige Politik, dann liegt es in unserer Macht, alle die anderen Probleme, die von ihr herrühren, zu lösen zum Nutzen der Zukunft und Gegenwart.

## Die Zukunft der „Sipo“.

### Sofortiger Beginn der Umformung.

Ueber das Schicksal der Sicherheitspolizei nach der Annahme des Entwurfsprotokolls in Spa gab der preussische Innenminister, Genosse Sebering, einem Vertreter der „D. A. Z.“ Aufschlüsse, deren Inhalt wir hier kurz skizzieren.

Genosse Sebering betonte, daß die geforderte sofortige Auflösung lediglich die Organisationsform und Bewaffnung der Sicherheitspolizei betrafte, nicht die Entlassung der jetzigen Polizeimannschaften erfordere. Nach der Forderung früherer Voten nimmt die preussische Regierung an, daß der Entschluß jedem dritten Mann einen Arabischer zuzugestehen wird, im übrigen aber der durchgängigen Bewaffnung mit Pistolen nichts im Wege stehen werde. Die sogenannten schweren Waffen (Minen, Klammernwerfer, Geschütze usw.) müssen natürlich abgeliefert werden.

Die von der Entente zugestandene Vermehrung der Ordnungspolizei um 70.000 Mann bietet in gewisser Beziehung ein Äquivalent für die Entwaffnung. Die Regierung wird jetzt verdoppelt darauf achten, daß die neue Polizeitruppe ein absolut brauchbares Instrument wird und daß nur körperlich und moralisch ganz exakte Leute aufgenommen werden. Die Organisation soll nicht den Keim zu neuem Mißtrauen legen, sondern die Regierung will mit der Umformung die Entente davon überzeugen, daß sie mit der

Sipo nichts als Ruhe und Ordnung im Land aufrechtzuerhalten wünscht.

In Preußen wird sofort mit der Umformung und Abgabe aller irgendwie entbehrlichen Großkampfwaffen begonnen. Die an militärische Konzepte erinnernden Amidsbezeichnungen werden abgeschafft, die technischen Hundertschaften werden aufgelöst.

Genosse Sebering ist der Ansicht, daß im allgemeinen, wenn in den nächsten Monaten die Entwaffnung der zum Waffentragen nicht berechtigten Zivilbevölkerung gelingt, mit einer gutorganisierten und disziplinierten Polizeitruppe Ruhe und Ordnung im Land garantiert werden kann. Wer die Entwaffnung der Zivilbevölkerung vornimmt, ist noch Gegenstand der Ermägungen bei den Behörden. Jedfalls soll die Entwaffnungsbaktion völlig unparteiisch vor sich gehen. Die Entwaffnung der Radikalen rechts wie der Radikalen links ist gleich notwendig, weil beide für die ruhige Entwicklung des Landes gefährlich sind. Erhält die Sicherheitspolizei den Auftrag, die Entwaffnung durchzuführen, so wird sie unbedingt gerecht verfahren.

### Mahnung an Württemberg und Bayern.

Karlsruhe, 13. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorw.“) Im „Staatsanzeiger“ wendet sich heute der badische Minister des Innern gegen die Erklärungen der bayerischen und württembergischen Regierungen, daß sie unter keinen Umständen auf die Einwohnerwehren verzichten können. Mit diesen Erklärungen hätten Bayern und Württemberg dem Wohle des deutschen Volkes schlicht gedient. Die badische Regierung nimmt die Entwaffnung der Einwohnerwehren in der festen Überzeugung vor, daß mit der Erhaltung der Sicherheitspolizei als reines Polizeiorgan und mit der technischen Anpassung von Polizei und Gendarmen an die Bedürfnisse unserer Zeit die Ruhe im Lande auch in kritischer Zeit erhalten werden kann.

### Landsbergs Entführung vor Gericht.

Magdeburg, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am 7. April v. J. wurde der damalige Reichsjustizminister Landsberg von den Mitgliedern des Wahrgenusses festgenommen. Er sollte als Geisel für den in der vorhergehenden Nacht verhafteten Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes Brandes und die gleichfalls verhafteten Soldatenräte Schüller und Siegel nach Braunschweig verschleppt werden. Der Plan kam nicht zur vollen Durchführung, denn vor Helmstedt wurde das Auto, in dem sich Landsberg befand, festgehalten und Landsberg befreit. Am Dienstag fand nun vor dem Landgericht Magdeburg die Verhandlung gegen die Entführer statt. Wegen gemeinschaftlicher, vorsätzlicher Freiheitsberaubung waren angeklagt: der Privatmann Albert Vater, Magdeburg, der Kauglerer Steinbrück, Magdeburg, der Kaffinenhändler Karl Reimann, der Schlosser Felix Dahms, der Monteur Karl Baum-Dannover, der Feigler Cesar Bohne, der Kauglerer Düring, Köln. Die Vernehmung der Angeklagten und Beweisaufnahme war äußerst umfangreich. Als Hauptzeuge war der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Genosse Landsberg, erschienen. Während die Angeklagten ohne Ausnahme ausgingen, sie hätten Landsberg nach Braunschweig schaffen wollen, um ihn in erster Linie vor der erditterten Menge zu schützen, ergab die Vernehmung des Genossen Landsberg und einiger anderer Hauptzeugen unzweideutig, daß Landsberg als Geisel dienen sollte, um auf diese Art die Freilassung Brandes zu erzwingen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten Vater und Steinbrück fünf Monate, gegen die Angeklagten Reimann, Baum und Düring vier Monate und gegen die Angeklagten Bohne und Dahms 3 Monate Gefängnis. Die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Weinberg-Berlin und Justizrat Dr. Böder-Magdeburg, plädierten auf Freispruch. Nach 14stündiger Beratung verurteilte das Gericht folgendes Urteil:

Die Angeklagten Vater und Steinbrück werden zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die Angeklagten Rei-

mann, Baum und Düring zu je einem Monat Gefängnis, der Angeklagte Bohne zu drei Wochen Gefängnis, der Angeklagte Dahms zu 300 M. Geldstrafe evtl. 20 Tage Haft. Dem Angeklagten Steinbrück werden zwei Wochen Untersuchungshaft als Verbüßung angerechnet.

### Tschitscherins Antwort an England.

Auf die Vorschläge, die England an Rußland durch Krassin gesandt hat und die auf einen Waffenstillstand und auf eine Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Mächten abzielen, hat Tschitscherin mit folgender Note geantwortet:

„Um dem Wunsche der britischen Regierung zu entsprechen und zum Zwecke eines baldigen Friedensschlusses zwischen Rußland und Großbritannien, nimmt die Sowjetregierung die im Memorandum der Allierten, das am 1. Juli von der britischen Regierung dem Präsidenten der russischen Delegation, Krassin, übergeben wurde, aufgestellten Grundzüge an, die als Grundlage dienen sollen für ein Abkommen zwischen Rußland und Großbritannien. Dieses Abkommen soll Gegenstand von Verhandlungen sein, die unverzüglich zwischen den beiden Regierungen eingeleitet werden sollen. Die Sowjetregierung nimmt an, daß der von der britischen Regierung aufgestellte Plan in der Weise aufgefaßt werden soll, daß er einen Waffenstillstandsstatus zwischen Rußland und Großbritannien herstellt, und sie teilt die Hoffnung der britischen Regierung, daß dieser Waffenstillstand den Weg zu einem endgültigen Frieden öffnen wird. Gleichzeitig protestiert die Sowjetregierung gegen die der Wahrheit zuwiderlaufende Behauptung über angebliche von Sowjetrußland gegen das britische Reich gerichtete Angriffe. Die russische Regierung betont nochmals, daß Rußland in seinen Beziehungen mit Großbritannien nur den Frieden wünscht und daß dieser bisher nur deshalb nicht zu erreichen war, weil auf der Gegenseite der gleiche Wunsch nicht da war.“

(Diese Antwort Tschitscherins bezieht sich nicht — wie man leicht annehmen könnte — etwa auf den Schritt der Entente zugunsten Polens, sondern lediglich auf die zwischen England und Rußland vorausgegangenen Verhandlungen.)

### Wiederaufnahme der englisch-russischen Verhandlungen

London, 13. Juli (T. U.) Gestern wurden im englischen Unterhaus eine Reihe von Anfragen an die Regierung gerichtet, die sich hauptsächlich auf die Vorgänge in Polen und auf die englisch-russischen Verhandlungen bezogen, besonders aber über die Vermittlungsversuche der englischen Regierung, zwischen Polen und Rußland den Frieden herbeizuführen. Bonar Law erklärte, daß die Räteregierung die von dem britischen Kabinett gestellten Bedingungen anerkenne und die abgebrochenen Verhandlungen dementsprechend wieder aufgenommen werden. Die englische Regierung habe der Sowjetregierung bezüglich eines Waffenstillstandes zwischen Moskau und Warschau Vorschläge unterbreitet. Der Waffenstillstand wird geschlossen zum Zwecke der Feststellung der Friedensbedingungen nicht nur zwischen Polen und Rußland, sondern zwischen allen Mandatstaaten. Der Abg. Wilton interpellierte darüber, ob zwischen London und Moskau die Verhandlungen bereits eingeleitet hätten. Bonar Law erwiderte, daß sie tatsächlich begonnen hätten; ferner, daß die Waffenstillstandsbedingungen zwischen Polen und Rußland erst verhandelt würden, wenn die beiden Regierungen sie eingehend geprüft hätten. Bonar Law betonte ferner, daß diese Verhandlungen keineswegs die Anerkennung der Räteregierung bedeuten. (Als verhandelt Großbritannien mit einer Regierung, die für England — nicht existiert! D. Red.) Ueber ein angebliches Ultimatum an Rußland für den Fall, daß es mit Polen keinen Waffenstillstand abschließen wolle, ließ sich der Vertreter der Regierung trotz der diesbezüglichen Anfragen nicht aus.

## Friede.

Von Arthur Eisbergleit.

Eine Kanone war mitten in ein Erntefeld hineingefahren. Hier stand sie unerschütterlich festgerammt. Breite Weizenwellen, Kornblumen und roten Überwucherten sie ganz und begründeten sie vollends in ihrer farbigen Hülle.

Große Mäher und Mäherinnen kamen dangelnd zu ihrem Erntefeld, aber mit so wuchtigem Seitenwindung sie auch die Weizenköpfe von ihrer Weizenlast befreiten, den blühenden Kornwall um die Kanone tasteten sie nicht an.

Dem härter als die Freude an reichlichem Weizenbestande dünkte sie das Glück, daß der Sommerfriede der Flur das Werkzeug des Krieges vergessen lassen wollte.

Ein Sieg des Lord Koleson. Die fünfte Generalversammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, die in Kassel tagte und den klugen Beschluß über die Haltung zu dem folgenden Parteitritt der Arbeiterklasse faßte, hatte einen Ausklang, der den Delegierten ein starkes Erlebnis wurde. Ein Teilnehmer berichtet darüber unserm Frankfurter Bruderorgan: Wir kamen abends in einem großen Konzertgarten zusammen, die Kasseler Arbeiter-Sänger trugen eine herrliche Sommernacht umringt und erfrischend zugleich und beruhigend. Da ward der Wunsch laut, auch die Delegierten möchten singen. Wir traten zusammen: Uthmanns „Lord Koleson“ drängte durch den Garten. Die Zuhörer waren überwältigt und wir auf dem Boden. Die wir aus allen Gauen Deutschlands gekommen waren, empfanden eine Weibe des Augenblicks, des gemeinsamen Sängens, alle wären wir Brüder, ein unsichtbares Band umschlang uns alle. Denn dieser Gesang kam aus dem innersten Gefühl eines jeden Sängers, da dachte kein Mensch mehr an Noten, an Einstudierung. Dieses Chorlied war ein Stück von und selbst geworden. Was der Chorgesang eigentlich sein sollte, war er hier: das Empfinden des Volkes drückte sich unbeschwert und frei in einem Gemeinlichkeitsgefühl aus. Es klang alles so selbstverständlich! Was sonst nur nach langen Uebungstagen zu erreichen ist: das innere geistige Band zwischen Leitung und Chor, zwischen Wunsch und Wirklichkeit, war hier gelungen, wir fühlten es alle, wie wir dieses Chorlied anstimmten: jetzt wird der Wille zur Tat: was uns im Innersten bewegt, das singen wir.

Und der „Lord Koleson“ — man kannte ihn in Kassel nicht — hatte eine Wirkung, er entfesselte einen Weisheitssturm, wie ich ihn als Dirigent nie erlebt habe; das war künstlerische Erhebung, Agitation und die Freude des sich Wiedererkennens, des eigenen Ichs im Spiegel dieses Chorliedes, das war der Deutsche Arbeiter-Sängerbund! Und dankbar gedachte jeder des Mannes, der uns dieses Chorlied geschenkt. Um so mehr, als auf der Tagung selbst Stimmen laut geworden waren, die Uthmanns Bedeutung von einem einseitig musikalischen Standpunkt schief

beurteilten und die Ercheinung dieses Komponisten gar nicht voll erfassen konnten, weil sie das verkommene bürgerliche Kunsturteil des „guten Geschmacks“ in der Musik für diesen Fall anwandten, denn die Ercheinung Uthmanns reicht weiter und tiefer, als ein rein auf's Musikalische gerichteter Blick ahnt. So war es, durch die Umstände bedingt, der höchste Triumph für Uthmann, der sich angedenken läßt. Dieses Erlebnis zeigt allen, wie Uthmann und seine Freiheitschöre im Herzen des werktätigen Volkes fest verwurzelt sind.

Unsere rheinischen Sangesbrüder werden auf ihrer Heimreise dieses Erlebnis wohl besprochen haben, sie werden, des bin ich sicher, gleich am nächsten Tage Uthmann aufgesucht haben, um ihm, dem allseitig verehrten Manne, diesen unerwartet großen Triumph, der ihm Anteil geworden war, zu erzählen. Als sie aber in Vornen sein Haus betreten, war dieser Mann gestorben. Einige Stunden vorher, ehe das, was er den Arbeiterjüngern geschenkt, allen zu einem eindrucksvollen Erlebnis, zu einer Kundgebung von ungleichlicher Wirkung geworden war.

Ein neues Heft der „Jugend-Vöcher“, die der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands herausgibt, ist erschienen. Das erste Heft „Sonnige Jugend“ und behandelt das Leben und Treiben unserer Arbeiterjugend in ihrer Organisation, im Jugendheim, auf ihren Festen und Wanderungen. Besteren Mitarbeitern der Jugendbewegung und überhaupt jedem Freund der Arbeiterjugend praktische Winke und trefflichen Rat gebend, hatte es sich bald Tausende von Lesern erworben, und neue Tausende werden es mit gleichem Eifer und gleicher Freude lesen. Es kostet 2,40 M. auschl. Porto. Der Verfasser E. A. Müller steht leidend in der parteigenössischen Jugendarbeit und ist daher der geeignete Mann, als Berater aufzutreten. Auch das zweite Heft der „Jugend-Vöcher“ hat nun den Genossen Müller zum Verfasser. In klarer und einfacher und zugleich schöner und schwingvoller Sprache legt er unter dem Titel „Der junge Arbeiter“ an der Hand praktischer Erfahrungen seine Gedanken über die Psychologie der Arbeiterjugend aus. Seine Ausführungen sind wirklich tiefgehend und beachtenswert genug, um von jedem, auch von älteren Arbeitern gelesen und durchdacht zu werden. Kein Erzähler, der am inneren Leben unserer schulentlassenen Arbeiterjugend interessiert ist, möge an dieser Veröffentlichung vorbeigehen. Das zweite Heft kostet 3,00 M. auschl. Porto. Beide Schriften der „Jugend-Vöcher“ sind von der „Vorwärts“-Buchhandlung zu beziehen.

Arbeiterjugend befreit das Hamburger Heinedenkmal. Das unlängst von alldemant-antisemitischer Hand besetzte Denkmal Heinrich Heines in Hamburg, um dessen Reinigung sich kein Mensch gekümmert hat, ist in den letzten Nächten bis auf geringe Reste gereinigt worden. Arbeiterjugend hat das frühzeitig beschlossen getan. Einer, der dabei war, erzählt in „Hamburger Echo“:

„Ist alles da?“  
„Ja, ein Eimer, Bürsten, Lappen, Sim und Petroleum.“  
„Ja, denn man los!“  
In der Spitzler Straße war das geschäftliche Leben nicht gestorben und man flutete der gewaltige Fußschlag der Großstadt, dem Heine so sehr verwachsen ist.

„Also Hans, Du gehst zu los und holst ein Hammer voll Petroleum!“

„Ja, wühlt ein man erst mit Petroleum inrieben“, und Ferdinand nahm einen Lappen, gab Petroleum drauf und dem „Hury!“ hinauf und Heinrich Heine damit ins Gesicht. Wenig höflich, aber alles aus Liebe.

„Ach... was machen Sie da?“ quälten aufeinander ein paar aufgeregte Vierblättriger aus dem Vorbau des Hotopp. Als wir ihnen unter Lam erklärten, waren sie beruhigt und ihr: „Eine gute Tat!“ verrückelte im Lachenumbau.

Wir wurden mehr, Heinz und Emil kamen. Huch, noch einer hinauf. Und immer mit Petroleum. Der alte Spötter glänzte im Laternenlicht.

Hauswarte kamen. „Was ist denn hier los?“ „Gehen Sie man ja nicht mit Säure dabei!“ „Terpentin wäre besser als Petroleum.“ Es entspann sich eine technische Debatte über Reinigung. „Gew mi mol een bitten Bin her!“ rief Ferdinand, und dann wurde zum Petroleum noch Bin getan, damit es besser schaffe. Allmählich kam schon ein blaßes Leuchten durch, so daß wir wußten, es mußte.

Leute kamen... „T. Sie tun eine gute Tat! Sie haben meinen besten Dank!“ Es war ein sehr feiner junger Mann, ich glaube aber kaum, daß er meine petroleumtinkende Hand aus Dankbarkeit geschüttelt, viel weniger selbst mit Hand angelegt hätte.

Ueberhaupt, das öffentliche Gewissen war auf einmal sehr reger. „Eine Schweinerei, so etwas zu tun.“ „So eine Gemeinheit!“ Zwei alte Leute kamen. „Ja, das freut mich.“ sagte die Frau, und der Mann sagte: „Ja, wußt all disse Dog ool mit de Ledder her um em abholen!“ und dann erzählten uns die Leute, daß Heine früher jeden Morgen einen Blumentauk in den, ach jetzt so schwarzen Schoß hatte, und von allerhand Liebe, die ihm zugekommen war.

„Un immer beiter bi mit Bin un Petroleum!“

Besser und besser wurde das Gesicht. Häter der Ordnung kamen. „Was machen Sie, da! Haben Sie ein Mandat? Wer sind Sie und woher kommen Sie?“ Als sie die Heberzeugung gewonnen hatten, daß wir dem Heine nur aus Liebe mit Bin und Petroleum zu Liebe gingen, sind sie fortgegangen — vielleicht um eine dienstliche Meldung zu machen!

Es wurde spät. Hans und Klara waren noch weg, um noch irgendeinen Blumentauk für Heine zu beschaffen. Einen Blumentauk hat er bekommen, Rhododendron-Blätter und eine Prelatentierose (Geranium) — vom Schilderndenkmal — die haben wir ihm um die Stirn gelegt, sangen ein Lied und sind heimgesungen.

Und nun, verehrtes Publikum, jetzt ist der Heinrich Heine Deinem Schutze anempfohlen!

Theater. An der Kollidbahn wird außer „Achreigen“ Lehar's „Zigeunerleben“ in neu er dekorativer und kostümester Ausstattung aufgeführt werden.

Organisation der Bühnenkassen. Unter dem Namen: „Allgemeiner Bühnenkassen-Verband“ Ely Berlin, haben sich die Statistiker und Komponisten (stamme Personen) der größten Berliner Bühnen organisiert, um durch diesen Zusammenschluß ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.

Der Herrscher des Teutoburger Waldes. Prof. Dr. Thorsche ist in Detmold, 77 Jahre alt, gestorben. Sein Jährer durch den Teutoburger Wald hat einen guten Namen.

Der Aufbau der Betriebsräte.

Am 21. Mai erschien in der Arbeiterpresse der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen...

Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll...

Am 30. Mai erschienen dann die Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa für die örtliche Zusammenfassung...

Die wider besseres Wissen von bestimmter Seite aufgestellte Behauptung, daß Arbeiter und Angestellte getrennt werden sollen...

Es sind 15 Industriegruppen vorgesehen. Jede Gruppe wählt einen Gruppenrat von 5 Personen...

In den Gruppen wird das Material aus den einzelnen Betrieben gesammelt, um einen Überblick über das ganze Gebiet einer Gruppe zu gewinnen...

Die Arbeiter- und die Angestelltenräte können innerhalb ihrer Gruppen getrennte Vollversammlungen abhalten...

Wirtschaftliche Fragen können jedoch nur gemeinsam behandelt werden.

Die Kosten der Erfassung und Zusammenfassung der Betriebsräte tragen die Gewerkschaften.

Die Möglichkeit zu wirklich großzügiger Arbeit der Betriebsräte ist also gegeben. Die über ganz Deutschland verbreiteten Ortsausschüsse des A. D. G. B. und Ortskartelle der Afa...

von der Arbeiterkammer zur Vertretung ihrer Interessen selbst geschaffenen Organe. Nach den Neuerungen mancher „Revolutionäre“ wird es allerdings manchmal so dargestellt...

Natürlich ist das Räteystem der Münzstraße gemeint. Der Vorsitzende der U. S. V. Ariur Crispian...

Wo muß eine Bewegung hinschauen, wenn jeder als Klassenkämpfer insamiert werden soll...

Aus Anlaß einer Branchenversammlung der Schleifer und Galvanisierer schreibt die „Freiheit“ in einem Artikel vom 10. Juni 1920...

„Geseht den Fall, die Parteien lösten sich auf und ihre Mitglieder wirkten nur auf dem Boden der Betriebsräteorganisation. Wie lange würde es dauern, und alle tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten tauchten von neuem auf...“

„Die Auffassung, daß die Betriebsräteorganisation den politischen Kampf geschlossener als die politischen Parteien aufnehmen könnten, ist also falsch...“

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte keine politischen Aufgaben zu erfüllen haben...“

Also, die „Freiheit“ und Crispian müssen der Auffassung des A. D. G. B. und der Afa zustimmen und gegen ihre eigenen Anhänger Stellung nehmen...

Inzwischen sind vom Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes ebenfalls Richtlinien für die Erfassung der Betriebsräte herausgegeben worden...

„Die Gewerkschaften verteidigen den Betriebsräten Kraft und Macht, sie sind es, die den Räten den Rücken geben, ohne den sie ihren Aufgaben nicht gerecht werden können...“

Das Betätigungsfeld der Betriebsräte fällt mit dem der Gewerkschaften zusammen, es sind gemeinsame Aufgaben, die sie zu erfüllen haben...“

Scharf nimmt der Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die Bildung besonderer Betriebsrätezentralen, also auch gegen die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße Stellung. Und es ist charakteristisch, daß die Leiter dieser Zentrale, Wegmann, Malzahn, Richard Müller, Neumann usw., ebenfalls Metallarbeiter, sich vom Beirat und Vorstand des Metallarbeiterverbandes, der doch auch „revolutionär“ ist, zurechtweisen lassen müssen...

Wohl bestehen zwischen den Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa und denen des Deutschen Metallarbeiterverbandes noch tatsächliche Unterschiede darin, ob die Erfassung durch die einzelne Gewerkschaft oder durch die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und der Afa gemeinsam erfolgen soll...

In Berlin hoben die Betriebsräte der Afa sich einstimmig für die Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa erklärt. Die Vorarbeiten auf dieser Grundlage sind restlos beendet...

Der Ortsausschuß des A. D. G. B. (Berliner Gewerkschaftskommission) und das Ortskartell der Afa unterliegen nach wie vor ihren Spitzenorganisationen...

Die Kosten für die Betriebsräteerfassung tragen die Gewerkschaften, und es liegt keinerlei Veranlassung vor, radikalen Maulhelden für 50 W. pro Vierteljahr die Möglichkeit zu geben...

Die Aufgaben, die unter harren, sind so mannigfaltig, daß sie in diesem Rahmen nicht andeutungsweise wiedergegeben werden können.

Unsere Gegner haben von uns gelernt, lernen wir endlich wieder von ihnen.

Die deutschen Arbeitgeber haben sich allenthalben zu Arbeitgeberorganisationen zusammengeschlossen und nunmehr einen Spitzenverband für das ganze deutsche Unternehmertum gebildet. Wollen wir diese geschlossene Einheitsfront des Kapitals mit getrennten Heerhaufen bekämpfen?

Die Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa werden die Grundlage der Einheitsfront der Betriebsräte Deutschlands bilden.

Groß-Berlin

Achtet das Leben!

Der Wettergott meint es recht gut mit unserer Schulsjugend, die sich nun schon seit einigen Tagen der Ferien erfreut. Soweit es irgend möglich ist, werden Ausflüge in die nähere Umgebung Berlins gemacht...

Reiber aber gibt es auch Fälle genug, in denen man gerade nicht Freude über das Tun der Jungen und Mädchen empfindet, die sich da draußen in „Gottes freier Natur“ herumtummeln.

Wie oft muß man grauenhafte Verfe der Zerstörung sehen. Hier ist ein ganzes Bäumchen abgebrochen, dort liegt ein Strauß herrlicher Feldblumen, der am frühen Morgen gepflückt und dann, weil er zu lästig war, achtlos fortgeworfen wurde. Wie viel bunte Schmetterlinge, wie viel herrliche Käfer müssen ihr Leben lassen, weil es einem der Knaben gefällt. Selbst die Vögel sind in ihren Nestern nicht sicher...

Ihr Knaben und Mädchen! Ist es nicht viel nützlicher und vor allen Dingen menschlicher, wenn ihr die Pflanzen nicht zerstört und die Tiere des Waldes nicht unnötig tötet, wenn ihr Euch erfreut an ihren ruhigen Spielen, an ihrer Farbenpracht oder an ihrem frischen Gesang?

Sagt nicht, daß es ältere Leute ebenso machen, kommt nicht mit der Ausrede, daß ihr „seltene Tiere sammelt“. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn ihr einen schönen Schmetterling fangt, ihn sachgemäß tötet und präpariert, niemand wird Euch schelten, wenn ihr eine Eidechse oder ein oder zwei Fische mitnehmt. Aber auch das dürft ihr nur dann tun,

zu stehen sehen, einen schwindelnden Fall würde er auf keinen Fall tun.

Hier stand er nun vor einem reinen Glücksfall. Nachdem er das kleine Grubenstück an die Verwandten seiner Frau verkauft hatte, ging er straks hin und kaufte den ganzen übrigen Berg; warum hatte er das getan? Wollte er die jetzigen Eigentümer dadurch ärgern, daß er ihr nächster Nachbar wurde? Ursprünglich hatte er wohl nur auf der Südseite des Berges, da, wohin die Grubenstadt kommen mußte, wenn je ein Bergwerk errichtet wurde, einen schmalen Streifen haben wollen; Eigentümer des ganzen Berges aber wurde er, weil das ihm beinahe nichts kostete, und weil er sich die Mühe einer weitläufigen Grenzabsperrung sparen wollte. Er wurde Bergkönig aus Gleichgültigkeit, ein kleiner Bouquet für Barock und Maschinenchuppen wurde zu einem Reiche, das bis hinunter ans Meer ging.

In Schweden ging der erste kleine Grubenteil von Sand zu Sand, und Geißler hielt sich über dessen Schicksal stets unterrichtet. Natürlich hatten die ersten Besitzer dumm gekauft, berrückt dumm, der Familientat war nicht sachverständig gewesen, und die Herren hatten sich kein genügend großes Stück des Berges gesichert, sie hatten nur einen gewissen Geißler absinden und sich ihn vom Halse schaffen wollen. Aber die neuen Besitzer waren nicht weniger komische Leute, sie waren gewaltige Männer, die sich einen Scherz erlauben und nur so zum Vergnügen, etwa bei einem Gelage, kaufen konnten, wer weiß! Aber als es nun zu einem Verkaufsstollen kam und Ernst aus der Sache wurde, standen sie plötzlich vor einer Mauer: Geißler.

„Sie sind Rinder!“ sagte Geißler vielleicht von seiner Höhe herunter, er war sehr mutig und heftig geworden. Die Herren hatten allerdings versucht, ihn mit kaltem Wasser zu begreifen, sie hatten geglaubt, vor einem Dürftigen zu stehen, und deshalb ein Wortlein von so fünfzehn bis zwanzigtausend fallen lassen. Sie waren Rinder, sie kannten Geißler nicht. Hier stand er.

Die Herren kamen an diesem Tage nicht mehr vom Berg herunter, sie meinten wohl, Flug zu handeln, wenn sie sich nicht gar so eifrig zeigten. Am nächsten Morgen kamen sie indes doch, hatten ihr Packpferd bei sich, und waren auf der Heimreise. Aber da war Geißler weggegangen.

(Fortf. folgt.)

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Aber es waren noch allerlei Wendungen und Winkelzüge notwendig, ehe die Zusammenkunft zustande kam. Das Gespräch nicht viel Gutes, Geißler tat ungeheuer großartig.

Die Herren waren jetzt recht höflich, sie baten Geißler, zu entschuldigen, daß sie gekümmert nach ihm geschickt hätten, sie seien von der Reise sehr ermüdet gewesen. Geißler war auch wieder höflich, er erwiderte, auch er sei von seiner Reise ermüdet gewesen, sonst wäre er hinausgekommen. Ja, aber nun zur Sache: Ob er den Berg auf der Südseite des Berges verkaufen wolle? — „Sind die Herren selbst Käufer oder sprache ich mit Zwischenhändlern?“ — Das war die reine Bosheit von Geißlers Seite, er mußte doch sehen, daß diese vornehmen biden Herren keine Zwischenhändler sein konnten. Dann ging es weiter: „Der Preis?“ fragten sie. — „Ja, der Preis!“ sagte auch Geißler und überlegte. „Zwei Millionen.“ sagte er dann. — „Ach so,“ sagten die Herren und lächelten. — Aber Geißler lächelte nicht.

Der Ingenieur und die Sachverständigen hatten so obenhin den Berg untersucht, hatten einige Löcher gebohrt und geprengt, und das Ergebnis lautete also: Das Vorkommen des Kupfers war auf Eruptionen zurückzuführen, die Kupferfunde waren sehr ungleich verteilt, nach der vorläufigen Untersuchung waren sie am mächtigsten an der Grenze zwischen dem Eigentum der Gesellschaft und dem von Geißler, weiterhin nahmen sie wieder ab. Auf der letzten halben Meile kam kein abbaubarer Kupferfies mehr vor. Geißler hörte diesem Bericht mit der größten Gleichgültigkeit zu. Er zog einige Dokumente aus der Tasche, die er aufmerksam durchsah, aber es waren keine Karten, und Gott weiß, ob sie überhaupt den Kupferfies betrafen. — „Es ist nur nicht tief genug gebohrt worden,“ sagte er, als ob er das aus seinen Papieren entnehme. Das gaben die Herren sofort zu; aber der Ingenieur fragte, wie Geißler das wissen könne, er habe ja überhaupt gar nicht gebohrt. — Da lächelte Geißler, als ob er mindestens ein paar hundert Meter tief in den Erdball hineingebohrt, aber dann die Bohrlöcher unkenntlich gemacht hätte.

Bis Mittag redeten sie hin und her, dann schauten die

Herren auf ihre Uhren. Geißler war mit seinen Ansprüchen bis auf eine Viertelmillion heruntergegangen, aber weiter herunter ging es nicht um Haarsbreite. Nein, sie mußten ihn ernstlich verletz haben, sie gingen von der Anschauung aus, daß er gerne verkaufen würde, daß er genötigt sei, zu verkaufen; aber das war er nicht, hohe, konnten sie denn nicht sehen, daß er beinahe ebenso vornehm und großartig war wie sie? — Fünfzehn- bis zwanzigtausend seien auch eine schöne Summe, meinten die Herren. — Geißler sagte: Das gegen sei nichts einzuwenden, wenn man das Geld gerade nötig habe, aber zweihundertfünfzigtausend seien mehr. — Da sagte einer von den Herren, und er sagte das, um Geißler gleichsam niederzudrücken: „Eben fällt mir ein, wir sollen Sie von Frau Geißlers Verwandten in Schweden grüßen.“ — „Danke!“ sagte Geißler. — „Apropos!“ sagte der andere Herr, da dies nichts genützt hatte. „Eine Viertelmillion! Es ist doch aber kein Gold, sondern Kupferfies.“ — Geißler nickte. „Ja, es ist Kupferfies.“

Da wurden die Herren alle miteinander ungeduldig, fünf Uhrdedel sprangen auf und klappten wieder zu, und jetzt war keine Zeit mehr zum Scherzen, jetzt war Mittag. Die Herren verlangten kein Essen auf Sellanraa, sie ritten zurück zu den Gruben und speisten dort ihr eigenes Essen.

So verlief diese Zusammenkunft. Geißler blieb allein zurück.

Was waren das wohl für Ueberlegungen, die ihn bewegten? Vielleicht gar keine, vielleicht war es ihm gleichgültig, und er überlegte gar nicht. O nein, er überlegte, aber er ließ keinerlei Unruhe merken. Nach dem Mittagessen sagte er zu Hof: „Ich wollte eigentlich einen weiten Gang über meinen Berg machen und hätte wie das letztmal Einert gerne mitgenommen.“ — Hof sagte augenblicklich zu. — „Nein, er hat anderes zu tun,“ erklärte Geißler. — „Er soll sofort mit Euch gehen,“ sagte Hof und tief Speck von seiner Mauerarbeit ab. — Aber Geißler hob die Hand und sagte kurz: „Nein!“

Er trieb sich auf dem ganzen Hof herum, kam auch mehrere Male wieder bei den Maurern vorbei und unterhielt sich lebhaft mit ihnen. Doch er das konnte, wo ihn doch eben erst so etwas Wichtiges in Anspruch genommen hatte! O, vielleicht hatte er so lange in unsicheren Verhältnissen gelebt, daß eigentlich für ihn gar nichts mehr auf dem Spiele

wenn Ihr ihnen dabei wirklich ein Stück Natur geben könnt, wenn Ihr ihre Lebensweise genau kennt und sie pflegen gelernt habt.

Wer sinnlos fängt, tötet oder aus Unkenntnis sterben läßt, was leben soll, handelt unrecht. Und wer gar Freude an dem Ausblenden des Grotesken oder anderer Schrecklichkeiten hat, ist entweder krankhaft veranlagt und darum bedauernswert, oder aber verdient eine ganz gehörige Tracht Prügel. Stößt Ihr auf ein Tier, das Ihr als schädlich kennt, dann tötet es schnell, aber quält es nicht zu Tode.

Wenn Ihr also hinauswandert in Wald und Feld, dann denkt daran, das alles "was da frucht und flucht" ein Anrecht auf Leben hat, das die Natur ihm gab. Ebenso wenig wie jemand das Recht hat, dem Menschen Leben und Freiheit zu nehmen, so hat ein Mensch das Recht, den Tieren, und seien es die niedrigsten, mutwilligerweise das kurze Leben zu nehmen.

Beobachtet die Natur an der Stätte ihres Schaffens, Ihr werdet von ihr lernen, vor allen Dingen, wie man sich im Kampf mit tausend Gefahren des Lebens immer wieder siegreich behaupten kann. So würdet Ihr um vieles reicher zurückkehren in die graue Stadt und mit Freuden zurückdenken an die schönen, unruhigenden Ferientage.

### Vom Streit der Rechtsanwaltsangehörigen. Ein Schiedspruch.

Zur Schlichtung von Gehaltsstreitigkeiten zwischen den Angestelltenverbänden und den Berliner Anwaltsvereinen im Reichsarbeitersministerium zusammengerechtes Schlichtungsausschuss hat, wie die P. R. erfahren, einen Schiedspruch gefällt, der die im Februar 1920 vereinbarten Gehälter der Anwaltsangehörigen um 40 bis 48 Proz. erhöht. Der Schlichtungsausschuss hat einstimmig den Parteien die Annahme des Schiedspruchs empfohlen, so daß anzunehmen ist, daß in Kürze der Arbeitsfriede zwischen den Rechtsanwälen und ihren Angehörigen wieder hergestellt sein wird.

### Reichswehr als Schieberschutz?

Es ist schon des öfteren beobachtet worden, daß bei dem Schlägermeister Jani d. Kottbuser Damm 15, Äpfeln und Säfte abgeladen wurden, die ein Wagen der Reichswehr brachte. Aus dem Umstand, daß der angehende Schwager des genannten Schlägermeisters beim Probiantamt der Reichswehr in der Kottbuser Straße angestellt ist, wurde die Vermutung gezogen, daß es sich hier um Lebensmittel aus dem Probiantamt handelt, die beschlagnahmt werden sollen.

Gestern morgen gegen 9 Uhr wurden wiederum 8 mit einem Militärwagen vorgehaltene Säcke abgeladen und in das Haus gebracht. Diesmal war das Probiantamt eingeschlossen, den Dingen auf den Grund zu gehen und alarmierte die Sicherheitswehr. Da diese erlosch, ohne die Kriminalpolizei keine Durchsuchung vornehmen zu können, wurde auch diese benachrichtigt, ließ aber leider verschiedene Stunden auf sich warten. Angekommen entschloß man sich, die Säcke wieder aufzuladen. Eine Frau hat einen Sicherheitsbeamten, die Säcke vorläufig noch nicht aufladen zu lassen, wenigstens nicht eher, bis die Kriminalpolizei die Sache untersucht habe. Am Morgen wurde dieser Beamte sofort handgreiflich, gab der Frau eine schallende Ohrspeiche, gestrichelte ihr die Stirn, beschuldigte ihr das Kleid und wollte sie in den nächsten Hausflur schleppen, woran er aber durch einige beherrschende Leute verhindert wurde.

Als trotz verbaler telephonischer Anrufe und Zusagen von der Kriminalpolizei keine Beamten erschienen, tauchten plötzlich zwei Wagen mit bis an die Zähne bewaffneten Reichswehrsoldaten unter Führung des schon erwähnten angehenden Schwagers des Schlägers Jani auf. Diese wollten die Herausgabe der Waren erzwingen und suchten dabei fortgesetzt mit den Gewehren herum. Schließlich gelang es ihnen aber doch, die Säcke, die u. a. Zucker, Mehl, Kartoffeln, Kaffee und Bohnen enthielten, aufzuladen. Aber ihr Vorhaben, nach der Kofferte zurück zu fahren, konnten sie nicht ausführen. Trotz ihrer Drohung mit den Waffengewehren, mußten sie hier Personen aus dem Publikum mit aufsteigen lassen, die darauf bestanden, daß die ganze Wagenladung dem Köpflinger Polizeipräsidenten übergeben wurde, was auch geschah.

Somit der Verdacht eines Angelegens. Zunächst ist zu untersuchen, ob sich tatsächlich wie angegeben, in den Säcken Lebensmittel befanden, wobei diese Samen und welchen Zweck sie dienen. Wir wollen, bevor nicht amtlicherseits Aufklärung geschahen ist, niemandem den Vorwurf einer Lebensmittelbeschädigung machen, können aber doch nicht umhin, die Zusammenhänge zwischen Probiantamt, Schwager und Reichswehr ziemlich verdächtig zu finden.

Im übrigen sei auch bei dieser Gelegenheit wieder betont, daß es endlich einmal Zeit wird, daß sich alle Sicherheitsorgane beteiligen, dem Publikum so entgegenzukommen, wie sie es von diesem in Bezug auf sich selbst verlangen. Die Mißhandlung einer wehrlosen Frau, die nichts anderes als eine von ihr vermutete Verschwendung von Lebensmitteln verhindern will, ist, gelinde gesagt, eine Rohheit. Derjenige, der sie verübt hat, gehört auf keinen Fall in die Reihen der Sicherheitspolizei.

### Ordnung muß sein — aber keine 2. Wagenklasse.

Unsere verschiedenen Hinweise auf die Unzulänglichkeit im Berliner Stadtbahnverkehr hat die Eisenbahndirektion Berlin hinweg, durch eine Korrespondenz gegen die "unfachlichen Forderungen einzelner Tageszeitungen", vor allem wegen der verkehrsmäßig unzulässigen, Front zu machen. Sie versichert, daß sich diese veränderte Kontrolle auf alle Wagenklassen erstreckt und daß die Beamten vor allen Dingen gegen alle Heberretungen der Beförderungsvorrichtungen, Nischen in Nichttrauerabteilungen, Trossenbeförderung in anderen als hierfür vorgesehenen Abteilen, Raft ohne gültige Raftkarte usw. vorgehen sollen. Ferner sollen sie auch gegen die "Trittbrettfahrer" vorgehen. Weiter wird behauptet, daß dem Berufsverkehr durch eine vermehrte Zugfolge auf den meisten Strecken Rechnung genommen" würde. Die Schlussfolgerung, daß sich gegen die Tätigkeit der Zugkontrollen nur solche Elemente unter den Reisenden wenden, die Gegner jeder Ordnung sind und als solche fälsche, in den öffentlichen Verkehr nicht passende Charakteristika von Ordnung und Freiheit haben, trifft uns nicht.

Wir sind ganz mit der Eisenbahnverwaltung der Meinung, daß auch in ihrem Betriebe Ordnung herrschen muß und sind die letzten, die sich der Schärfe dieser Ordnung entgegensetzen. Wogegen wir uns in der Hauptsache wenden, das ist die durch nichts als die Bequemlichkeit einiger Mitbürger gerechtfertigte zweite Wagenklasse. Daß in Nichttrauerabteilungen geräuchert wird, daß Trossen in den nicht dafür bestimmten Abteilen aufgeführt werden und daß schließlich Reisende auf den Trittbrettern Platz nehmen und nicht selten dabei ihr Leben einbüßen, ist lediglich Folge des Umstandes, daß die dritte Klasse-Abteile bis auf den letzten Platz besetzt sind. Da sieht eben jeder zu, wie er mitkommt und fragt nicht lange danach, ob er in ein falsches Coupé hineingeraten ist. Diesen bedauerlicherweise Unbefriedigten kann auch durch noch so viele Kontrollmaßnahmen nicht beigesteuert werden. Hier hilft nur die Abschaffung der zweiten Klasse, und man sollte tatsächlich einmal den Versuch machen, in der Zeit des stärksten Verkehrs diese Wagen auf allen Strecken durch solche der dritten Klasse zu ersetzen.

### Betroffene Laubenkolonien.

Die Laubenkolonisten des Südens hielten am Montagabend in den Hofpaukensälen am Kottbuser Damm eine öffentliche Versammlung ab. Der Referent Kaiser teilte mit, daß infolge Kündigung durch den Magistrat 2000 Laubenkolonisten der Kolonie am Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße in Neukölln zum Herbst ihres Laubengeldes verlustig gehen sollen, weil derselbst Kleinhausneubauarbeiten für Sommerkriegsbeschädigte errichtet werden sollen. Der Referent sowohl als auch alle anderen Diskussionsredner vertraten mit Energie den Standpunkt, daß den Kolonisten dieses Laubengeld erhalten bleiben müsse. Durch diese Kündigung würden Millionenwerte vernichtet. Nicht eine Einschränkung, sondern eine noch weitergehende Vermehrung des Laubengeldes sei notwendig. Eine Vermehrung vermehrte die Wohnungsnot, da unzählige Laubenkolonisten ihre Wohnung aufgegeben und sich dauernd in den Lauben aufhalten. Von jedem Einkünftigen werde der große Mangel an Paris und freien Plätzen in der Stadt beklagt. Dann solle man wenigstens den Ring der Laubenkolonien um die Stadt lassen. Erst jenseits dieses Laubengartens sollen die Kleinhausneubauarbeiten entstehen. Speziell in dem Fall Neukölln dürften die Kriegsbeschädigten sehr leicht zu einem Verzicht auf das genannte Gelände zu bewegen sein, weil sich andere, bessere und gesündere Gegenden werden finden lassen als dieser, direkt unter den qualmenden Eckensteinen der städtischen Werke liegende Grund und Boden.

Leider siehe Neukölln nicht allein da, sondern von den verschiedenen anderen Orten sei ähnliches angeklagt. Demgegenüber sei es Pflicht der 2000 in Groß-Berlin organisierten Laubenkolonisten Stellung zu nehmen. Im Rathaus zu Berlin, wie in den meisten andern, haben die sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit. Es werde sich dann zu zeigen haben, ob die sozialistischen Parteien bei ihrer alten Grundidee über soziale Wohnungspolitik noch erinnern. Vielleicht werden auch, wenn von dem Magistrat die Laubenkolonisten das Straßengeld drückt, die sozialistischen Zeitungen bei der Kündigungen einmal ihren alten Bequemlichkeitsstandpunkt aufgeben und in eine Erörterung dieser Frage einsteigen. Unsere Zeitungen, als auch die Parliamente, hätten sich mit diesen Dingen noch nicht beschäftigt. Das sei aber dringende Notwendigkeit und werde die jegliche Bewegung hoffentlich auch in dieser Hinsicht wirken.

Die äußerst gutbesuchte Versammlung stimmte zum Schluß dem Vorschlag zu, daß sich der Vorstand in dieser Angelegenheit an den Wohnungsausschuss wende und auch mit dem Ministerium die Forderung nehmen solle. Die eventuelle Straßendemonstration soll im Auge behalten werden.

Wir haben bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe mitgeteilt, daß die Kündigung der Laubenkolonien nicht von Neukölln, sondern von Berlin ausgeht. Den Laubenkolonisten geht es darum zu bedenken, daß durch Straßendemonstrationen nicht ein einziger der vielen sozialen Probleme gelöst würde. Der Klosteraufwand ist aber auch nicht nötig, um uns zur Aufgabe unserer angeblichen "alten Bequemlichkeitsstandpunkte" zu veranlassen. Wer den "Vormärts" aufmerksamer und nicht erst seit gestern liest, der weiß, daß die Strohkolonnen sich dauernd seiner Aufmerksamkeit erfreuen. Allerdings lassen wir uns dabei nicht von den Interessen irgendeiner Gruppe, sondern der Allgemeinheit leiten, wie das bei Sozialisten eine Selbstverständlichkeit ist.

### Verhaftung von Lebensmittelkartensüßern.

Durch einen großen Handel mit gefälschten Brot- und anderen Lebensmittelkarten ist die Abteilung B 14 der Berliner Kriminalpolizei einem Räuber auf die Spur gekommen, der einen großangelegten Betrieb zur Herstellung und Vertrieb gefälschter Karten eingerichtet hatte. Ein wiederholt vorbestrafter Bgler Julius Schulz, der vor einiger Zeit bereits einmal festgenommen worden war, war seinem Transporter unterwegs entwispen und nach Berlin gekommen, wo er durch Einbrüche in Brotkommissionen bald wieder Geld zusammengebracht hatte. Da er sich unter ziemlich großem Kollenaufwand eine eigene Werkstatt zur Anfertigung solcher Lebensmittelkarten zulegen konnte. Er beschäftigte ein Ehepaar Gertrud, von dem der Mann Schriftfeger und die Ehefrau Anlegerin in einer Druckerei war, und außerdem einen Steinbruder Wagner.

Als die Kriminalpolizei die Fälschwerkstatt am Grünen Weg Nr. 3 ausfind, war sie gerade in vollem Betriebe. Sämtliche Maschinen, Platten usw. konnten beschlagnahmt werden, außerdem noch 6000 Reichsbrotmarken, die Schulz bei einem Einbruch erbeutet hatte. Mit seinen Agenten, die für den Vertrieb der gefälschten Karten sorgten, trat er sich in einem Lokal in der Breite Straße. Dort erlitten auch ein Bäckermeister, der mehrere Großbrotmarken unterhält und einen ziemlich großen Bedarf an Brotmarken hatte. Die Kriminalpolizei räumte den ganzen Betrieb auf und nahm außer Schulz auch alle Helfershelfer fest.

### Gewerkschaftsmitglieder!

Für die am Donnerstag, den 15. Juli, im Volkshaus-Theater stattfindende Aufführung "Die Internationals" hat die unterzeichnete Organisation nach Gutachten zum Einheitspreis von 1 Mark abzugeben. Die Kassaloten der Bühne findet ab 6 Uhr im Theaterbureau statt. Verkauf der Eintrittsgeldscheine, Elisenstr. 88, III. (Gurensatz 9-5 Uhr.)

Kupfer und Kottguf. In der Vorwoche wurde auf dem Berlin-Anhalter Güterbahnhof von den Beamten der Eisenbahn-Überwachungsabteilung eine verdächtige Ladung mit Kupfer angehalten, weil die Empfänger einen sehr wenig vertrauenswürdigem Eindruck machten. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen haben ergeben, daß der Wagen bereits in Teltow, wo er von den Norddeutschen Flugzeugwerken verladen worden war, durch Unterschleichen falscher Frachtbriefe an die verdächtigen Empfänger umgeleitet worden ist. Diese Ermittlungen waren aber noch nicht ganz abgeschlossen, als an die gleichen Empfänger noch ein zweiter Wagen, der aber Kottgufabfälle enthielt, eintraf. Auch dieser Wagen sollte auf dem gleichen Wege von den Schiebern den rechtmäßigen Eigentümern entwendet und in Berlin verschoben werden.

Die Schieber sind ein Tageswächter, ein Lagerplatzverwalter und ein Arbeiter der Flugzeugwerke, zu denen sich dann noch ein Angestellter der Industriebahn der Teltower Kreisbahnen in Teltow gesellte. Alle vier sind überführt und gefänglich, daher vorläufig auf freiem Fuße belassen worden.

Die Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Volkspartei wählte zu ihren Vorsitzenden Oberverwaltungsgerichtsrat von Gynern (Berlin) und Prof. Dr. Leibitz (Wilmerdorfer) und zum Schatzmeister Groß (Charlottenburg).

Kaufschancen und Vermitteln in Amerika. Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz teilte mit, daß Anträge auf Kaufschancen nach vermögenswerten Personen in den Vereinigten Staaten nicht mehr unmittelbar an die Schweizerischen Behörden in Bern bzw. Washington zu richten sind, sondern lediglich an das Reichswanderungsamt, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 71.

Die Zweigstelle der Reichsdeputation für den Bezirk Berlin-Redding wird am 15. d. Mts. von der Christianiastraße 110 nach der Wolgaster Straße 13 verlegt.

Sommertheater "Groß-Berlin", Palasttheater 15. 16. Freitag geht heute 8 Uhr das Schauspiel von "Aron und Joffe", heiligt Ulrich und Bettina", mit Herrn Eustachio Spanier in der Hauptrolle, über die Bühne.

Charlottenburg. Eine Gemeinheit. Von dem bekannten Entenrücken vor dem Rotthaus in der Gärtenbergstraße ist in der letzten Nacht eine Gruppe Enten gestohlen worden.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Auf die B I- und B II-Karten bis auf weiteres 1 Liter Getreide. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 14. Juli:

7. Abt. Die Mitgliederversammlung findet wie gewöhnlich in den Blicherhöfen, Blicherstr. 61, statt.

21. Abt. Die Versammlung findet nicht, wie es im gestrigen Anzeiger hieß, am Donnerstag, sondern heute abend im Uffium, Landwehrweg 41, statt.

24. Abt. 7 Uhr in der Schulaula Chrißburger Str. 14, Mitgliederversammlung.

Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlungen. 1. Gruppe: Restaurant Eichelboch, Köpenick-Graben-Str. 6. Referent: Dr. Rosbacher. 2. Gruppe: Restaurant Sternlein, Friedrich-Str. 6. Referent: Genosse Israel. 3. Gruppe: Restaurant Seeling, Gelmholtzstr. 19. Referent: Genosse Loh. 12. Gruppe: Restaurant Litz, Wilmshelstr. 14. Referent: Genosse Müller. 13. Gruppe: Schulaula Veltowstr. 40. Referent: Genosse Woll. 15. Gruppe: Restaurant Brill, Anelochstr. 2. Referent: Dr. Jochim.

Wildau. 8 Uhr Mitgliederversammlung im "Grünen Baum". Referent: 8 Uhr Schulaula, Bismarckstr. 51. Vortrag des Genossen Wainisch über: "Steuerwesen, im Besonderen über den Steuerhaushalt". Gäste willkommen.

Zandow. 8 Uhr Jahreshaus bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referent: Genosse Tschinger "Was lehren uns die Zahlen?"

Morgen, 15. Juli.

Charlottenburg. 8. Gruppe: Rest. Reiner, Wilmersdorfer Str. 21. Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Loh. Köpenick. Gemeindefestabend bei Pauli.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Ortsgruppe Westkolln. Donnerstag 7 1/2 Uhr Jahresversammlung in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realschulhauses, Kaiser-Friedrich-Straße 210.

### Wirtschaft

Der Abbruch der Ziegelstein.

Zu dieser Erscheinung, über die auch im "Vorwärts" wiederholt berichtet wurde, schreibt Richard Calver in Heft 41 der "Konjunktur":

Wenn ein größerer Teil der Ziegelstein einget, so ist das wesentlich günstiger, als wenn versucht wird, sämtliche Betriebe aufrechtzuerhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß sie alle mehr oder weniger unwirtschaftlich arbeiten müssen. Unwirtschaftlich ist es, den Abbau von Ziegelsteinen aufhalten zu wollen. Kein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten kommt wohl das Reichswirtschaftsministerium zu seiner verkehrten Auffassung. Im Interesse der in ihrer Existenz bedrohten Arbeiterschaft sollen die überflüssigen Ziegelstein nicht abgebaut werden. Was kommt denn bei dieser Politik heraus? Daß die tüchtigen Arbeiter, wenn die Arbeitslosigkeit auf alle Ziegelstein verteilt wird, nicht einmal mehr vier Stunden am Tage zu arbeiten haben würden. Entweder bekommen sie dann dafür den halben Lohn und werden in eine Lage versetzt, die Not und steigende Unzufriedenheit bedeuten, oder man erhöht den Lohn um das Doppelte und steigert damit die Ziegelpreise so, daß der Absatz von Ziegeln rapide zurückgeht, also die Arbeitslosigkeit noch in doppelter Weise. Und will etwa wie beim Bergbau die Regierung den größeren Teil des Arbeiterlohnes mit ihrem an sich wertlosen Papiergeld bezahlen und dadurch die Schuldenlast noch weiter vergrößern? Das Ende dieser sozial orientierten Wirtschaftspolitik ist immer der Ruin der Arbeiterschaft selbst, für die angeblich geübt werden soll. Je mehr man einzelne Schichten der Arbeiterschaft bevorzugt, desto sicherer kommt das Gros der Arbeiterschaft unter die Räder. Es ist allmählich wirklich nicht allzumehr, die verheerende Wirkung der sozial orientierten Wirtschaftspolitik zu begreifen, aber nichtbedeutender haben wir diese Politik lustig wahren und immer wieder neue Reime und Blüten treiben. Berühmend ist nur, daß die staatliche Autorität nicht mehr hinreicht, um diese Politik auch wirklich der Praxis in vollem Umfang aufzuzwingen zu können.

U. E. überblickt Calver in seinen Ausführungen folgendes: Bei dem Preis, den der Abnehmer der Ziegelsteine zu zahlen hat, spielen die Transportkosten für die Steine eine sehr erhebliche Rolle. Der Ziegelsteinfabrikant, der seine Ziegel abrichtet, zwingt die Bauherren innerhalb des Abfahrkreises, den die Ziegel zu frühestens verfügbare, zukünftig die Steine mit sehr viel höheren Transportkosten bezahlen zu müssen. Der Ziegelsteinfabrikant bezahlt die Produktionsmittel, die jederzeit bei Baumaterialzulieferer wieder Baumaterial erzeugen können, um jetzt schlechtes Papiergeld gegen sie einzutauschen. Da an Ziegelsteinen kein Mangel ist für die, die übersteuerten Preise bezahlen können, ist der Abbau der Ziegelsteine keine Notwendigkeit, zumal die Abbauunternehmer die alten Steine doch auch nicht unter Preis verkaufen. Die Erhaltung der Ziegelsteine, die der Arbeiterschaft des Bezirkes wieder Arbeitsgelegenheit bieten und den Bauherren billigere Steine als entfernt liegende Ziegelsteine werden liefern können, liegt daher durchaus im volkswirtschaftlichen Interesse.

In der Hauptsache kommt es nur darauf an, daß die Kostenverteilung so geregelt wird, daß planmäßig den einzelnen Ziegelstein für bestimmte Brennperioden das notwendige Material geliefert wird, um den Betrieb während solcher Perioden wirtschaftlich gestalten zu können. Das ist allerdings nicht in einer freien, sondern nur in einer organisierten Wirtschaft durchführbar.

### Zusammenschluß des Berliner Einzelhandels.

Dem Beispiel der Provinz folgend, wo sich die Organisationen des Einzelhandels längst in Landesverbänden zusammengeschlossen haben, ist kürzlich in Berlin ein Verband des Einzelhandels für Groß-Berlin unter der Bezeichnung Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin gegründet worden. Die Geschäftsjahre dieses Verbandes beginnt im Wilhelmstraße 80. Der Zweck dieser Vereinigung ist, die vielen Verbände des Einzelhandels in einer Spitze zu vereinen, um dem Einzelhandel eine größere Marktstellung bei der Regelung wirtschaftlicher Fragen zu geben. Besonders wird dabei nachgehoben, gegen die Kommunalisierungsabsichten, welche das Leben des Einzelhandels bedrohen, eine gemeinsame Front zu bilden. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß die Kommunalisierungsfrage lediglich den Lebensmittelhandel angeht. Es liegt vielmehr die Gefahr vor, daß auch andere Branchen hiervon berührt werden, und es wird demnach dem neuen Verbande obliegen, den in seiner Existenz gefährdeten Einzelhandel zu schützen.

Sam Rohkautermarkt. Die Tendenz auf dem Gütemarkt hat sich weiter verstärkt. Die Preise auf den Auktionen bewegen sich langsam nach oben. Die Nachfrage kommt aus Kreisen der Erzeuger; der Handel, vor allen Dingen die Spekulationen, beteiligen sich nur wenig am Geschäft. Vorzug sind schwere Gattungen für die Bodenledererzeugung. — Dieselbe Bewegung zeigt sich auf dem Weltmarkt. Südamerika meldet feste Stimmung und umfangreiche Verkäufe in bekannten guten Brennstoffen. Südamerika ist auch fest. Die Londoner Warenversteigerung brachte eine weitere Aufwärtsbewegung. Der holländische Markt ist sowohl für überseeische als inländische Güter wesentlich lebhafter und feister, nur die letzten Pariser Wollversteigerungen waren wieder matt. Die Preise fielen dort etwa um 25 Proz.

Sport.

Sechsfaches Todesurteil gegen Schumann.

Quer durch Berlin. Der Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897 veranstaltete unter Beteiligung der dem Arbeiter-Sportverein Groß-Berlin und dem Arbeiter-Wassersportverbande angehörenden Vereine am Sonntag ein Propagandaschwimmen.

Rettungsvorführungen und Wasserballspiele veranstaltete der Schwimmverein „Vorwärts“ Berlin 1897 in der Zeit vom 15. Juli bis 10. August jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Westhafen, Nähe Klagensee.

Gerold hat allein in dieser Saison schon 200 700 M. auf sein Gewinnskonto gebracht. — Wahrscheinlich Chrentruffe legt der Dormander Rennverein aus, denn zwei Hindernisse, die für die Teilnehmer der Sieger bestimmt waren, befanden in zwei wesentlichen Punkten hatlichen Verstoß.

Rennen am Grenzwald. 11. Juli. 1. Hanswurt, 2. Hanswurt, 2000 M. 2000 Meter. 1. Barbat (Dür), 2. Jodler (Südm.), 3. Eberich (Südm.). Tot. Sieg 41: 10. Bl. 18, 21, 19. Ferner liefen: Reuerbach (4), Wilmitt (5), Komteffe Nocaroul (6), Peitmanns, Göbel, Karel, Kammelfel, Bieng, Sierra, Burzebaum, 2. Preis von Schweinerl 15 000 M. 1000 Meter. 1. Augustenburg (Graun), 2. Letta (Roh), 3. Lührlein (Südm.). Tot. Sieg 14: 10. Bl. 16, 17, 17. Ferner liefen: Ehrenthume (4), Eddikolein (5), Carijuna, Bacon (ausgedr.). 3. Das Reichen-Rennen. 23.000 M. 1500 Meter. 1. Titania (Südm.), 2. Seehausen (Südm.), 3. Königin der Nacht (Sümmernann). Tot. Sieg 68: 10. Bl. 42, 44. Ferner liefen: Ostle (4), Remig (5), Weyßel (5), 4. Stuten-Härderrennen. 20 000 M. 2000 Meter. 1. Cecana (Südm.), 2. Volta (Sümmernann), 3. Kocombauer (Südm.). Tot. Sieg 63: 10. Bl. 23, 44, 34. Ferner liefen: Das Puppchen (4), Aulia II (5), Behmude (5), Gerinne, Gelmanen (ausgedr.), Gablele (7), Kilmittel, Kula (get.), Wörden (get.), 5. Kunemald-Preis. 20 000 M. 2000 Meter. 1. Georgias (D. Schmidt), 2. Tumbach (Köster), 3. Toor (Dietrich). Tot. Sieg 26: 10. Bl. 25, 38. Ferner liefen: Delias (4), Bodehacht (5), 6. Preis von Lindow. Chrenpreis und 40 000 M. 3000 M. 1. Ebers (Morle (Südm.), 2. Gähndel (Südm.), 3. Ficht Popoff (Südm.). Tot. Sieg 79: 10. Bl. 21, 17, 16. Ferner liefen: Hanswurt (4), Parana (5), Sibbe (6), Kerpelung II, Kottanod, Christoph, Vikas, 7. Carina, Kugleitz. 22 000 M. 1000 Meter. 1. Kattrung (Euch), 2. Tähle (Kulder), 3. Popp (Kotzenberger). Tot. Sieg 66: 10. Bl. 24, 31, 16. Ferner liefen: Schmitz, Siebenhäuser, Hillson, Wachtaber, Soter, Wagle, Malboerin, Welschom (5), Lebensgefährte, Gohard (4), Spröber (5), Oberste (7), Hamme, Weisnom.

Aus aller Welt.

Hindenburgs Kampf mit einem Eindrehen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der sich am Montag abend mit seinem Diener allein in seiner Villa befand, hörte plötzlich in einem Hinterzimmer ein Geräusch. Als er diesem nachging, sah er vor einem kleinen Schrank einen jungen Mann in grauer Uniform stehen, der seinen Inhalt betrachtete. Der Generalfeldmarschall nahm an, daß es sich um einen Handwerker handelte, der um Hilfe zu tun hatte. Dann fragte er: „Was machen Sie denn da?“ worauf der Unbekannte sich umdrehte und flüchtig bat: „Können Sie mir gehen, ich bin auf dem Wege geraten und werde es nicht wieder tun!“ Der Feldmarschall hielt jedoch den Mann am Kragen fest und verbot, ihn in sein Schlafzimmer zu bringen. Dabei entspann sich zwischen ihm und dem Unbekannten ein heftiges Ringen, bei dem mehrere Möbelstücke umfielen. Als der Verbrecher sah, daß er nicht freikommt, zog er aus der Brusttafel einen Revolver und erklärte: „Dann wollen wir es so versuchen!“ Doch der Feldmarschall wehrte den Revolver ab, der Verbrecher drückte aber los und schoß dicht an der linken Brustseite des Feldmarschalls vorbei. Hindenburg hielt den Wunden trotz dem fest. Als er aber die Hand nach der Wunde ausstreckte, um den Diener herbeizurufen, gelang es dem Verbrecher, zu entweichen, wobei er noch mehrere Schüsse nach rückwärts abgab. Man nimmt an, daß es sich um einen Wanderschnelldieb in die Villa Hindenburgs handelte und daß der Verbrecher dazu die Gelegenheit auszunutzen sollte.

In später Abendstunde fielen die Geschworenen den Wahspruch. Sie erklärten den Angeklagten schuldig des Mordes in 6 Fällen, des Mordversuchs in einem Fall, des Raubmordversuchs in vier Fällen, des schweren Diebstahls in einem Fall, des leichten Diebstahls in drei Fällen, der Unterschlagung in zwei Fällen. Das Gericht erkannte wegen der sechs Fälle des Mordes auf Todesstrafe für jeden Fall, wegen Mordbranderei auf lebenslängliches Zuchthaus, für die übrigen Fälle auf insgesamt 15 Jahre Zuchthaus, außerdem auf bauernde Ehrverlust.

Seh. Rechtsrat Dr. Leppmann: Die Sachverständigen sind sich absolut einig. Die praktische Frage, um die es sich hier handelt, ist die: Ist jeder Mangel, den wir an dem Sockel eines Menschen erkennen, ausreißend, um an seiner Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. Das Material, das uns zur Verfügung steht, um unser Gutachten abzugeben, ist nun doch ein völlig befestigtes und führt zu dem Schluß: Hier handelt es sich nicht um ein verdrängtes Bewußtsein. Der Angeklagte hat schwere Mängel, aber sie schließen die freie Willensbestimmung nicht aus. Was über oft die Ansicht: „Ein Mensch, der so etwas tut, muß doch verrückt sein.“ Da muß doch gesagt werden: Die Motive des Handelns sind bei Menschen, die sich gegen das Gesetz vergehen, undurchsichtig, aber man kann niemand wegen der Unberechenbarkeit der Motive als Irak erklären. Die Taten des Angeklagten sind bei einer derartigen Charakterentwicklung und derartigen Lebensansicht so unumstößlich, namentlich wenn man bedenkt, daß eine so beschaffene Natur aus dem Kriege heimgekehrt war, wo das Menschleben nicht sehr hoch geschätzt wurde. Wenn er auch kein Söldner gewöhnlichen Stils ist, so sind doch in seinem Handeln Dinge, die an jüdische Usancen erinnern. Der Sachverständige kommt zu dem Schluß, daß § 51 St.G.B. nicht Platz greift.

Nach Beantwortung einiger auf das Vorhandensein von Geminnungen bezüglicher Fragen des H.-R. Frey durch die Sachverständigen wird die Beweisnahme abgebrochen.

Die 41 den Geschworenen vorgelegenden Schuldfragen umfassen 7 Morde, 11 versuchte Morde, 2 Brandstiftungen, 6 Fälle des versuchten bzw. vollendeten Raubs und einige Diebstähle.

Nach der Mittagspause erscheint der Staatsanwalt Dr. Seinkrecher das Wort zu den Schuldfragen: Mit Schauern nur können wir auf den Angeklagten und seine Taten blicken, sie sind so ungeheuerlich, wie es in der Kriminalgeschichte kaum je zu verzeichnen war. Ich bin überzeugt, daß Sie, meine Herren Geschworenen, alle von tiefem Schrecken gegen einen Menschen erfüllt sind, der solche Taten vollbringt, aber ich muß hier eine Warnung an Sie richten: Sie müssen alle Gefühlsregungen zurückstellen, denn auch der schwärzeste, grapschteste Verbrecher hat das Recht, daß von seinem Richter sorgsam geprüft wird, ob er schuldig ist oder nicht. Der Staatsanwalt scheidet aus der Anklage die Mordversuche gegen Moritz, gegen die Wandervogel, den Fall Köbins, den Mordhauer Timm und die Brandstiftung und den Mordversuch gegen die Schauspielersfrau Greth aus. Die übrigen Fälle hält der Staatsanwalt aufrecht. Es fragt sich nun: Ist der Angeklagte der Täter?

Da hebt nun zunächst sich, daß er, wie er selbst zugab, in jener Abendstunde kein Wesen getrieben hat und daß seit dem Beginn der Untersuchungszeit in Halle keinen mehr von derartigen Mord- und Diebstahlsfällen vorgekommen ist. Vor der Vollziehung der Ermittlungsrichter und Voruntersuchungsrichter hat er seine Geständnisse gemacht bzw. wiederholt. Schließlich hat er sie widerrufen und sie als Produkt von Nihilismen hingestellt, die er auf der Vollziehung erlitten habe. Die hierüber eidlich vernommenen Zeugen haben dies entschieden bestritten. Das hier vorgebrachte Material ist die längste und wertvollste des Kriminaloberwachmeisters Lehmann, der sich unermüdet Mühe und Arbeit zur Aufklärung der Halle-Tagevergangenheit gemacht hat. Die Schuld des Angeklagten wird bewiesen durch schlüssige Indizien, durch Zeugenaussagen und durch seine eigenen Angaben, dazu kommt, daß er bei den Frauen, die er verführte, wußte, einpforderte und bestimmt wiedererkannt worden ist.

Es ist im gewissen Sinne eine trübe soziale Erziehung, daß dieser Mann ein Verbrecher werden mußte. Der Angeklagte hat gewiss eine trübe Jugend gehabt, er ist vom Vater und später vom Stiefvater schwer mißhandelt worden. Auf der Schule wurde er

Was die Frage der Zurechnungsfähigkeit anbelangt, so ist hierüber folgendes zu sagen: Wohl selten ist ein Angeklagter so eingehend untersucht worden wie gerade Schumann. Die Sachverständigen, sämtlich Kapazitäten auf psychiatrischem Gebiete, haben erklärt, daß der § 51 keine Anwendung finden könne. Man hat man allgemein nach dem Motiv gesucht, welches den Angeklagten zu diesen Mordverbrechen veranlaßt haben könnte. Es ist sehr häufig, daß die Motive eines Verbrechens sehr verstreut liegen und erst nach Jahren zur Entdeckung kommen. Motive des Angeklagten sind nach meiner Ansicht: Ungezähmte Geisteskräfte und Grausamkeit.

Der Angeklagte hat in allen Fällen des Mordes mit kalter und planmäßiger Heberlegung gehandelt, die der Grausamkeit und Gefühllosigkeit seines Charakters entspricht. Es könnte sich nun fragen, ob er auch in den Eingefallen der Mordversuche mit Heberlegung gehandelt hat. Sie werden, so schlicht der Staatsanwalt, keinen Zweifel daran haben, auch in diesen Fällen die Heberlegung zu bejahen, und daß auch in diesen Fällen Gefühlslosigkeit, die Sucht, unbehagliche Männer zu befeindigen und Rachsucht das treibende Motiv gewesen ist. Ich beantrage die

Freisprechung des Angeklagten in 16 Fällen aber die Bejahung der Schuldfragen in den übrigen Fällen. Es folgt das Plädoyer des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Frey:

Die Straftaten, welche der Angeklagte verübt haben soll, fallen in eine sehr aufregende Zeit hinein. Als Begleiterscheinung dieser Zeit setzte eine ungeheure Steigerung der Kriminalität ein. Ich bitte Sie dringend, den Angeklagten nicht als den mit dem Volkeskeppel „Majennmörder“ versehenen Schuldigen, sondern als das, was er vorläufig immer noch ist, nämlich als den Untersuchungsgegenstand Friedrich Schumann zu betrachten. Nur so ist eine objektive und durch keinerlei Suggestionen beeinflusste Bewertung der Geständnisse der Beweisnahme möglich, welche zum Teil auch sehr zweifelhafter Art sind. So sei im Falle Engel der Tatverdacht nicht bemerkt. Im Falle Niehoff müsse man fragen, ob das, was der Angeklagte objektiv getan hat, subjektiv ein Mord gewesen ist. Zweifellos haben wir es in dem Angeklagten mit einem ausgesprochenen normalen Menschen zu tun, das geht doch aus den Umständen der sämtlichen Sachverständigen hervor, besonders aus dem Prof. Dr. Leppmann. Bei dem Angeklagten ist nicht nur ein Grünsüßler vorhanden, sondern ein Menschenfresser, er ist mit Recht

ein entsetztes Sonderling genannt worden. Man kann bei ihm, wenn er die Straftaten begangen haben sollte, von einem Stupel der Gemüthslosigkeit sprechen. In diesem Zusammenhang erörtert der Rechtsanwalt die Frage der Heberlegung, die er verneint wissen will. Solange der Staatsanwalt den Beweis schuldig bleibt, daß der § 51 absolut ausgeschlossen ist und daß dem Angeklagten seine Schuld ohne Einschränkung im Sinne des Mordes nachgewiesen ist, solange in dieser Beziehung bei den Geschworenen noch Zweifel existieren, kann

die Schuldfrage nicht bejaht werden. Die Motive des Angeklagten zu seinen Taten seien doch geradezu kindlich. Man kann angesichts dieser Motive nicht sagen: Der Angeklagte hat das, was er getan hat, tun wollen oder hat er es tun müssen. Er hat seine Taten begangen, aus einem aus seinem Innern immer wiederkehrenden, ihn beherrschendem Zwange, der ihn durch seine Charakterbildung und durch Vererbung vorgefährdet ist.

Er ging nicht darauf aus, zu töten, aber wenn jemand ihm hinderlich in den Weg trat, reagierte er mit der Schußwaffe.

H.-R. Dr. Frey kommt nach längeren psychologischen Betrachtungen zu dem Schluß, daß selbst wenn er ohne weiteres unterstellt, daß alle Indizienbeweise negativ sind, alle Geständnisse des Angeklagten richtig sind, doch starke Zweifel übrig bleiben, ob er bei seinem Tun mit Heberlegung gehandelt hat. Es handelt sich um Taten, die sich aus dem Charakter und der Veranlagung dieses Mannes ergeben haben. Ob. Rat Dr. Leppmann hat bei seinem Gutachten u. a. auch das Wort geprägt: Der Angeklagte habe com amore (mit Liebe) getötet. Aber wer das fertig bringt, com amore zu töten, ist

entweder ein Verrückter oder ein Tier. Der Angeklagte verdient einen Platz für sein zukünftiges Leben, aber nicht den Hölle. Er hat aus innerem Drang, aus hartem, hemmungslosem Trieb, aus seiner Natur gehandelt, aber nicht mit Heberlegung. Bei dieser Sachlage müssen die Geschworenen zu einem Non liquet kommen.

Die Zahl der den Geschworenen vorgelegenden Schuldfragen vermehrt sich infolge der vom H.-R. Frey beantragten Einfügung der Fragen nach milderen Umständen da, wo sie zulässig sind, auf 61.

Der Angeklagte verzichtet auf ein Schlusswort. Es folgte eine längere Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Violetti.

Den oben bereits mitgeteilten Spruch der Geschworenen nahm der Angeklagte lächelnd entgegen. Er erklärte, nicht mehr zu sagen, zu haben und ließ sich nach der Verkündung des Urteils ruhig abführen.

Dr. med. Holländer, Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Harnleiden ohne Quecksilber, ohne Berührung, Blutuntersuchung. Aufkl. Broschüre Nr. 10, direkt verschlossen Mk. 2.50. Berlin W 8, Leipziger Straße 105 II. Täglich 11-1, 3-7, Sonntags 11-1. 1874

Gifffreie naturgemäße Behandlung von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden, ohne Berührung, Aufklärungs-, bohrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B. Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Deutsche Schokolade III. 4,55 die 100-Gramm-Tafel III. 2,90 die 50-Gramm-Tafel in Cargospadung III. 5,50 die 100-Gramm-Tafel III. 2,88 die 50-Gramm-Tafel G. Wehjelmann Berlin W. O., Linienstraße 20, Hof links I. Fernsprecher: Neuenhof 878. Telegramm: Wehjelmann Berlin.

Preisherabsetzung Jackett-Anzüge mit englische Stoffe, beste Passform, von 1250.- herabgesetzt auf 1250.- Jackett-Anzüge mit halbierte Stoffe erstklassig Zerkleinert von 1400.- auf 1100.- herabgesetzt auf 1100.- von 1100.- auf 790.- herabgesetzt auf 790.- Tourist-Anzüge herabgesetzt auf 690.- Cutaway und Weste marango, Cheval, herabgesetzt auf 575.- Bozener Mäntel herabgesetzt auf 390.- Gummi-Mäntel, Formosin, Ringherum mit Gurt, von 750.- auf 590.- Hosen, schließend, moderne Strick von 125.- auf 95.- von 175.- auf 180.- Nur eine Verkaufsstelle BaerSohn Keine Filialen mehr Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Pferdeversteigerung. Am Freitag, den 16. 7. 20, vorm. 9 Uhr, werden auf dem Hofe des Pflanzengutes Magagnolo 3-5 eine Anzahl ausgezeichnete Pferde freiwillig meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert. 1882 Stahelthelpspolizei Berlin. Abt. Friedrichshain. Schönes und reines Gesicht erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommergrün, Pickel, Mitesager, Leberflecke, Warzen, Gesichtsrötchen und Nasenrötchen, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung. C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße. Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-11. Auskunft kostenlos. Keine Frau sollte verabsäumen, ausführlichen Prospekt über hygienische Arzneikostenlos einzufordern. Auf Wunsch sachgem. Beratung. Frau B. Knopmann, Berlin 220, Potsdamer Str. 104. Dingeisen jeder Art: Rund-, Flach-, Quadrat- u. Band Eisen, Gas-Heiß-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse sofort ab Lager lieferbar. Polix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12, Wochenspaß 12072. Ecke Polsterstraße, Wochenspaß 12073.



### Der Stand der Arbeitslosigkeit.

Am 15. Juni empfangen nach den Berichten der Zählungskommission im Deutschen Reich 289 058 Personen Erwerbslosenunterstützung, davon waren 221 123 männliche und 67 935 weibliche Unterstühtungsempfänger. Dazu traten noch 271 146 Zuschlagsempfänger, d. h. Familienangehörige erwerbsloser Arbeiter, für die Unterstützung bezogen wurde. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber früheren Monaten geht aus folgender Tabelle hervor:

Stichtag	Hauptunterstützungs-empfänger (Erwerbslose)			Zuschlagsempfänger (Familienangehörige)
	männl.	weibl.	mit.	
15. 1. 20	340 773	106 887	447 660	378 071
1. 2. 20	321 101	97 303	418 404	392 321
15. 2. 20	369 639	91 761	461 400	394 000
1. 3. 20	296 224	82 645	378 869	342 932
15. 3. 20	271 626	75 096	346 722	332 593
1. 4. 20	257 186	70 669	327 855	306 475
15. 4. 20	242 973	58 536	301 509	293 008
1. 5. 20	228 573	63 768	292 341	273 490
15. 5. 20	212 903	68 031	280 934	257 626
1. 6. 20	209 407	62 554	271 961	254 159
15. 6. 20	221 123	67 935	289 058	271 146

Die günstige Entwicklung, welche der Beschäftigungsgrad bis zum 1. Juni zeigte, ist also unter den Einwirkungen der wirtschaftlichen Krise unterbrochen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die schon in den Ausgabungen der Erwerbslosen und in einer Interpellation im Reichstag ihren Ausdruck gefunden hat, tritt jedoch in diesen Zahlen noch nicht zutage. Das doch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur um unansehend 17 000, das sind rund 6 Proz., zugenommen, während andererseits eine große Zahl von Betrieben mit verkürzter Arbeitszeit arbeitet. Das brachte der erwerbsfähigen Bevölkerung Lohnausfälle, welche die Kaufkraft des Volkes ganz bedeutend schwächen, ohne ziffernmäßig in der Statistik des Arbeitsmarktes zum Vorschein zu kommen.

In den einzelnen Ländern stellte sich die Arbeitslosigkeit am 15. Juni folgendermaßen dar:

Gebiet	Hauptunterstützungs-empfänger (Erwerbslose)			Zuschlagsempfänger (Familienangehörige)
	männl.	weibl.	mit.	
Preußen	97 473	22 226	119 699	116 189
Bayern	25 806	7 732	33 538	82 018
Sachsen	47 514	27 767	75 281	70 509
Württemberg	8 909	1 482	10 391	—
Baden	8 807	1 043	9 850	4 458
Hessen	3 008	480	3 488	4 073
Mecklenburg-Schw.	609	143	752	510
Mecklenburg-Strel.	88	—	88	47
Fürstent. Staaten	8 142	2 378	10 520	8 003
Oldenburg	892	59	951	1 286
Braunschweig	777	161	938	754
Anhalt	48	2	50	43
Waldeck	12	—	12	11
Schaumburg-Lippe	33	—	33	51
Lippe	5	—	5	—
Hamburg	22 742	4 923	27 665	29 013
Bremen	1 748	202	1 950	2 249
Lübeck	848	42	890	942
Deutsches Reich	221 123	67 935	289 058	271 146

Die für Erwerbslosenunterstützung im ganzen Reich ausgeworfenen Beträge betragen folgende Tabelle. Es wurden ausgezahlt:

Stichtag	Anzahl
15. 1. 20	24 431 591
1. 2. 20	29 291 878
15. 2. 20	28 902 177
1. 3. 20	29 031 531
15. 3. 20	29 150 286
1. 4. 20	29 343 987
15. 4. 20	27 756 163
1. 5. 20	26 291 021
15. 5. 20	23 634 159
1. 6. 20	28 049 196
15. 6. 20	27 458 790 *)

\*) Für Württemberg liegen Angaben über Unterstützungsbeträge nicht vor.

Am 15. Juni 1920 verteilte sich die Erwerbslosenunterstützung auf die einzelnen Länder folgendermaßen:

Gebiet	Betrag
Preußen	11 935 073
Bayern	9 201 814
Sachsen	7 031 402
Württemberg	(fehl.)
Baden	799 133
Hessen	822 890
Mecklenburg-Schw.	52 448
Mecklenburg-Strelitz	4 200
Fürstentümliche Staaten	678 638
Oldenburg	74 035
Braunschweig	54 362
Anhalt	2 796
Waldeck	721
Schaumburg-Lippe	2 410
Lippe	199
Hamburg	3 004 445
Bremen und Bremerhaven	210 776
Lübeck	81 368
Deutsches Reich	27 488 790

### Um Wilna.

#### Eingreifen der Litauer gegen Polen.

Romno, 13. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Meldung des litauischen Generalstabes vom 12. Juli: Teile der litauischen Armee haben Radzimin (1) und Janiskai (Janischki) besetzt. Litauische Truppen rückten längs des Dubinita-Sees (?) vor. Vorhuten nähern sich Ewensjan.

Romno, 13. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Die Volkswissen stehen im Kampfe zwischen Ewensjan und Wilna. Die Polen sind dem Anschein nach zum äußersten Widerstand entschlossen, obwohl die Lage in Wilna durch den Fall von Minsk, Mofobelskaja und Mielka unheilbar geworden ist. Die Bevölkerung wünscht die litauischen Truppen herbei. Diese haben wenige Kilometer nordwestlich entlang der Bahnlinie Dünaburg-Wilna. (Bei der Bewertung der Nachricht ist die offenbar tendenziös färbende litauische Quelle zu beachten. Die Red.)

Kaptenagyn, 13. Juli. Die „Verkingste Tidende“ aus Romno meldet, traf dort aus Moskau die Meldung ein, daß der Frieden zwischen Litauen und Sowjetrußland am letzten Montag unterzeichnet werden sollte.

Kabinettsbildung in Ungarn. Nach dem Rücktritt des bisherigen Kabinetts Simony-Schardom hat nunmehr der Reichsverweser Horthy den Grafen Bethlen mit der Aufgabe betraut, ein neues Kabinett zu bilden.

# Deutschlands Ernährungsnot.

Spa, 13. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch die deutsche Delegation der Konferenz in Spa nachstehendes Exposé über die Ernährungslage Deutschlands unterbreitet:

Ministerpräsident Brüning hat die Bereitwilligkeit der alliierten Mächte zum Ausdruck gebracht, mit Deutschland eine Vereinbarung über die Erzielung von Lebensmitteln zu treffen, um die Not der deutschen Bevölkerung zu lindern. Das deutsche Volk ist für diese Bereitwilligkeit aufrichtig dankbar.

Wie groß diese Not ist und wie dringend wir der baldigen Hilfe bedürfen, bitte ich mit einigen wenigen Ziffern begründen zu dürfen:

Die großen Ernährungsnotlagen Deutschlands, die gerade in den letzten Monaten einen außerordentlichen Charakter angenommen haben, rühren her 1. von dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit; 2. von der Unmöglichkeit, die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Betriebsmittel wie Düngemittel, Kalkphosphate usw. in ausreichenden Mengen einzuführen; 3. von dem Mangel an Zahlungsmitteln für die Deckung des fehlenden Lebensmittelbedarfs durch Einfuhr. Infolge der außerordentlichen Schwierigkeiten während des Krieges ist die Unmöglichkeit, für die wichtigsten Kulturarten Kalk zurückzugeben und gleichzeitig der Export der Nahrungsmittel erheblich gesunken. Der Export pro Hektar sank in dem Zeitraum 1913 bis 1919 für Weizen um 21 Proz., für Roggen um 25 Proz., für Gerste um 31 Proz., für Futterrüben um 30 Proz. Die Gesamtmenge in Deutschland nach den neuen Grenzen verminderte sich in dem Zeitraum 1913 bis 1919 bei Weizen um rund 13,3 auf 8,5 Mill. Tonnen, bei Kartoffeln von rund 40,3 auf 21,4 Millionen Tonnen und bei Futterrüben von rund 12,9 auf 5,8 Millionen Tonnen. Als besonders erschwerendes Moment kommt hinzu, daß durch die Abtretung landwirtschaftlich wertvoller Gebiete, besonders im Osten, für die Ernährungswirtschaft Deutschlands sehr erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstanden sind. Diese Nachteile zeigen sich bei Getreide geringst, um rund 3,8 Millionen Personen mit der heutigen Nahrung, bei Kartoffeln rund 3,4 Millionen Personen mit der heutigen Futterration und bei Futter um 3,8 Millionen Personen mit der heutigen Futterration auf ein Jahr lang zu verfügen. In dem Zeitraum 1913 bis 1919 sank der Bestand an Rindvieh von rund 18 auf 16,5 Millionen, die Zahl der Milch Kühe von 9,1 auf 7,6 Millionen, die Zahl der Schweine von 18,5 auf 11,5 Millionen, d. h. also um nicht weniger als 41 Proz. Der Jahresmilchertrag einer Kuh ging von 2700 Liter im Jahre 1913 auf 1200 Liter im Jahre 1919 zurück. Insgesamt ergibt sich in dem Zeitraum von 1913 bis 1919 die gewaltige Verminderung des Gesamtmilchertrages pro Jahr von 24,4 Milliarden Liter auf 9 Milliarden Liter. Schließlich ist das Schlachtgewicht bei Rindern, Schafen und Schweinen um 30 bis 30 Proz. gesunken. Als Gesamtergebnis verliert daher die deutsche Bevölkerung heute über ein wesentlich verringertes Quantum an pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln beimischer Erzeugung. Deutschland ist daher gezwungen, die im Krieg eingeführte Rationierung noch für eine Reihe der wichtigsten Lebensmittel fortzuführen. Die Rationen müssen aber so knapp bemessen werden, daß sie nur etwa die Hälfte des täglichen Kalorienbedarfs eines erwachsenen Menschen decken. Da Deutschland bis heute noch nicht in die Lage versetzt worden ist, die fehlenden Lebensmittel in dem erforderlichen Umfang aus dem Ausland einzuführen, so ergibt sich die traurige Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung sich noch in einem Zustand harter Unterernährung befindet, die weiterhin ihre erschreckenden Opfer fordert. Die Zahl der Lebendgeborenen in 865 Orten mit rund 25 Millionen Einwohnern betrug im Jahre 1919 nach dem vorliegenden amtlichen Material 459 758 gegen 633 815 im Jahre 1913. In Preußen starben von Kindern im Alter von 1 bis 5 Jahren im Jahre 1914: 52 021, im Jahre 1915: 67 369, obwohl die Geburtenziffer während der Kriegsjahre sich um etwa 40 Proz. verringert hatte. In Mecklenburg-Schw. einem Agrarstaat, betrauen dieselben Ziffern im Jahre 1914: 544, im Jahre 1915: 1040. Von Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren starben in Preußen im Jahre 1914 25 730, im Jahre 1915 30 391, in Mecklenburg-Schw. im Jahre 1914 369 und im Jahre 1915 819. Diese erschütternde Vermehrung der Sterblichkeit der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder ist ganz zweifellos dem Mangel an Milch und anderen eiweiß- und fettreichen Nahrungsmitteln zur Last zu legen. Die Verbesserung unserer Milchproduktion wird aber durch die Rückschritte bei der Produktion von Getreide und Vieh nicht gefördert. In den oben erwähnten 865 Bezirken mit einer Bevölkerung von 24 000 000 Einwohnern starben 1918 von je 10 000 15,7 an Tuberkulose, 1919 27,1, das heißt 11,4 mehr.

Wie es einerseits das heranwachsende Geschlecht in seiner Jugendkraft vermindert wird, so schattet andererseits der Zustand der chronischen Unterernährung der erwachsenen Bevölkerung nicht, ihre volle Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die gegenwärtigen durchaus unzureichenden Leistungen in Industrie und Bergbau zu steigern. Gerade aus den Bergarbeiterkreisen haben sich in der letzten Zeit die Klagen über die durchaus unzureichende Ernährung, besonders auch deswegen, weil wir a. B. gezwungen waren, dem Feind bis zu 80 Proz. Steuergüter abzugeben, beizugehen. Dieser Zustand muß bei aller Bereitwilligkeit der Arbeiter zur Arbeitsleistung infolge physischer Ermüdung zu einem neuerlichen Sinken der Kohlenförderung führen.

Daraus kommt, daß die schwierige Lage, in der sich ausschließlich die deutsche Industrie befindet, es einem wachsenden Teil der Bevölkerung unmöglich macht, die auf Karten ausgebenen Lebensmittel vollständig abzunehmen, da der Preis die Kaufkraft der Bevölkerung übersteigt, obwohl das Reich einen Teil der Lebensmittel verstaatlicht. Die augenblicklich ausgebenen Rationen können auf 101,04 M. zu setzen, während sie vor sechs Jahren 7,77 M. kosteten. Eine Verbilligung in höherem Maße ist mit dem Stand der deutschen Finanzen nicht vereinbar.

Die Lage ist heute tatsächlich so, daß die Bevölkerung hart unterernährt ist und die ihr dazugehörigen Nationen durchaus

unzureichend sind, daß aber auf der anderen Seite die große Masse des Volkes außerstande ist, sich auch nur die unzureichenden Rationen zu kaufen. Die Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft wieder zu ihrer früheren Leistungsfähigkeit zurückzuführen, ist noch sehr beschränkt, und so ergibt sich für Deutschland die unbedingte Notwendigkeit, für die Wiederherstellung normaler Ernährungsverhältnisse die

notwendige Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen. Es genügt aber nicht, daß das Ausland Deutschland größere Mengen von Lebensmitteln zuführt, sondern es muß dies auch unter Bedingungen geschehen, die es dem deutschen Volk tatsächlich ermöglichen, die Lebensmittel zu bezahlen. Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände, nämlich der Verminderung der Anbaufläche, der Erntemengen und des Ausfalls der diesjährigen Ernte, bezieht sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 000 000 Tonnen Weizen, 2 000 000 Tonnen Futtergetreide, 750 000 Tonnen Getreide, 180 000 Tonnen Fleisch und Speck, 141 000 Tonnen Fett, 500 000 Tonnen Milch, ferner 500 000 Tonnen Rohphosphat und die zu seiner Aufschmelzung notwendige Menge von 350 000 Tonnen Schwefelsäure im Gesamtwert von 3 463 600 000 Reichsmark. Die bedauerliche Mangelung der Ernährungsmittel in Deutschland ist und bleibt die erste und wesentlichste Voraussetzung für den Erfolg aller anderen Maßnahmen zur Hebung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die deutsche Delegation schlägt daher vor, die Konferenz in Spa solle beschließen, daß eine Kommission aus Sachverständigen der einzelnen Länder mit größter Beschleunigung zusammentritt, um über die Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten und den auf der Konferenz in Spa vertretenen Mächten dahingehende konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Nur Nahrungsmittel schaffen Kohlen. Spa, 13. Juli. (Havas.) Amlicher Orient-Exposé vom 12. Juli. Die Chefs der alliierten Delegation trafen sich heute mit Nehrbach und Simons von 3 1/2 bis 5 1/2 Uhr nachmittags. Die Kohlen- und Reparationsfrage wurden nacheinander erörtert. In der Reparationsfrage wurde entschieden, daß die Mitglieder der Reparationskommission mit den Delegierten, die von den alliierten Regierungen bestimmt werden, zusammentreten und gemeinschaftlich mit der deutschen Delegation und durch die deutsche Regierung bestimmten Sachverständigen die von den Deutschen vorgeschlagenen Pläne prüfen, um deren Einzelheiten und genaue Tragweite genau festzustellen. Diese gemischte Kommission wird von morgen an zusammentreten und in möglichst kurzer Zeit der Konferenz Bericht erstatten. In der Kohlenfrage haben sich die Chefs der alliierten Delegation und die deutschen Delegierten den Text des Protokolls mitgeteilt, das gestern nach Besprechung mit den Experten aufgesetzt wurde. Vorschläge bezüglich der monatlichen Tonnenzahl an Kohlenlieferungen sind ergebnislos von beiden Seiten gemacht worden. Es ist erklärt worden, daß man nach Lage der Dinge sich an die durch die Reparationskommission festgesetzten Ziffern halte. Die deutsche Delegation stellte mit, daß sie die Frage noch einmal prüfen und ihre Antwort in der nächsten Zusammenkunft geben werde. Die Alliierten erklärten spontan, daß sie infolge der geteilten Ansichten über Unterernährung der Erwerbslosen geneigt wären, die Frage der Verbesserung ihrer Ernährung zu prüfen, sie hätten die deutsche Delegation, ihnen in dieser Hinsicht praktische Anregungen zu geben.

Ein bedauerlicher Zwischenfall. Spa, 13. Juli. (Havas.) Der der deutschen Delegation für die Konferenz in Spa zugeteilte Journalist Stollhoff, Vertreter von Wolffs Telegraphen-Bureau, ist gestern Abend kurz vor Mitternacht auf dem Wege zu seinem Quartier von einem belgischen Offizier und einem Zivilisten tödlich angegriffen worden. Der Germane erhielt mehrere leichte Schläge auf den Rücken und einen schweren Schlag auf den Kopf. In Verbindung mit diesem Zwischenfall hat Reichsminister Dr. Simons heute vormittag an den Generalsekretär der Konferenz eine Note gerichtet, in der er die belgische Regierung bitten, ihrerseits den Sachverhalt festzustellen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß der Reichskongress mit Rücksicht auf die Bedeutung der öffentlichen Meinung in Deutschland für die baldige Erledigung dankbar sein würde. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort den Minister des Reiches in Brüssel berichtet und im voraus sein Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen, der womöglich noch im Laufe des heutigen Tages erledigt werde.

V. S. Spa, 13. Juli. (Via. Drahtbericht des „Norddeutschen“.) Die Meldung eines Berliner Mittagblattes, wonach auch Staatssekretär a. D. Dernburg überfallen worden sein soll, trifft nicht zu. — Die Bekanntschaft belgischer Mächte, daß der belgische Journalist Stollhoff die „Wacht am Rhein“ gesungen und dadurch die Bevölkerung provoziert habe, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Vorbereitung der Finanzkonferenz. Deutschland wird nach Brüssel eingeladen. London, 12. Juli. (Reuter.) Bei der heutigen Zusammenkunft des Botschafterrates teilte Balfour mit, daß der Rat den Bericht von Leon Bourgeois und Delors, betreffend die Vorbereitungen für die Brüsseler Finanzkonferenz am 23. Juli zur Kenntnis genommen und Delors ermächtigt habe, Deutschland zur Teilnahme einzuladen, sobald er von den in Spa gesessenen Botschaftern, betreffend die Restitutions der Entschädigung und die Zahlungsmethoden, verständigt worden sei.

Keine Einigung in der albanischen Frage. Mailand, den 13. Juli. (Lil.) Die Abmachungen des italienischen Bevollmächtigten Baron Alotti mit der albanischen Regierung in Tirana sollten am Montag in Durazzo unterzeichnet werden. Im letzten Augenblick aber weigerten sich die albanischen Delegierten, das Kommissionsprotokoll zu unterzeichnen. Als Grund dafür wird angenommen, daß darin Italien das Recht eingeräumt wird, den Hafen von Saniato sowie die Provinz Valona und die dem Hafen vorgelagerten Berge zu besetzen.

Die kommunistische Kinderkrankheit. Wie wir der „Roten Kohle“ entnehmen, erkennt demnächst eine neue Schrift von Lenin, welcher der kommunistischen Parteipolitik den bezeichneten Titel gegeben hat: „Der Radikalismus — eine Kinderkrankheit des Kommunismus.“ Wie schnell doch die Kommunisten dort retten, wo die Verantwortung für die Regierung auf ihnen lastet. Wann erscheint die Schrift: „Der kommunistische Radikalismus — eine Kinderkrankheit des Sozialismus?“

Allenby Oberbefehlshaber gegen die Türkei. Kana, 13. Juli. Nach einer Londoner Meldung wird General Allenby, der sich augenblicklich in Kairo befindet, den Oberbefehl über die alliierten Truppen im Kampf gegen die türkischen Nationalisten übernehmen.

Die Engländer in Satum. Amsterdam, 13. Juli. Der „Times“ zufolge haben die englischen Streitkräfte in Satum von 2000 Mann am 9. Juli Satum ohne Zwischenfall geräumt und sind auf dem Wege nach Konstantinopel. Satum ist von georgischen Truppen besetzt.

Verlängerung des englisch-japanischen Bündnisses. Amsterdam, 13. Juli. „Daily Mail“ zufolge haben die englische und die japanische Regierung eine Note an den Botschafter gerichtet, in der sie ihn benachrichtigen, daß sie den Bündnisvertrag zwischen beiden Ländern um 1 Jahr verlängert haben. Der Vertrag läuft jetzt automatisch Jahr für Jahr weiter, bis er gekündigt wird.

# Gewerkschaftsbewegung

## Saboteure im Reichsarbeitsministerium?

Die als Protesthandlung der deutschen Industrie gegen das Betriebsrätegesetz geplante Betriebsstilllegung ist „zurzeit“ abgeblieben. In dem Brief der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände heißt es aber weiter:

„Im Interesse der Solidarität und der Wirksamkeit müssen wir von unseren Mitgliedern unbedingt verlangen, daß weitere als die gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Zugeständnisse, die nach § 82 an sich denkbar sind, unter keinen Umständen gemacht werden. Wir erfordern deshalb die uns angebotenen Mitgliedsverbände, bei den aufzustellenden Arbeitsordnungen und bei den abzuschließenden Tarifverträgen und sonstigen Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft über den Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen unbedingt nicht hinauszugehen und die gleiche Verpflichtung den ihnen angeschlossenen Verbänden und Firmen aufzuerlegen.“

Im Reichsarbeitsministerium scheinen Leute zu sitzen, die des Glaubens sind, sich dieser Aufforderung ebenfalls fügen zu müssen. Vor einigen Tagen wurde der für die Kleinbahn abgeschlossene Tarifvertrag für verbindlich erklärt. Drei Paragraphen wurden jedoch von der Verbindlichkeitsklärung ausgeschlossen. Der § 10 des Tarifs verpflichtet die Unternehmer, ihre Arbeitskräfte durch den paritätischen Arbeitsnachweis zu bezahnen. Es ist bedauerlich, daß das Reichsarbeitsministerium keinen Kommentar zur Verbindlichkeitsklärung gibt, dann hätte die Welt doch wenigstens erfahren wie so und warum.

Der zweite Absatz des § 10 lautet:

„Neueingestellte haben innerhalb drei Wochen den Nachweis zu erbringen, daß sie einer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen sind. Der Mangel des Nachweises ist Grund zu fruchtloser Entlassung.“

Hier könnte das Reichsarbeitsministerium allenfalls einhalten. Nach § 81 des Betriebsrätegesetzes müssen die Richtlinien für die Einstellung die Bestimmungen enthalten, daß die Richtungsgebühren zu einem beruflichen Verein kein Hindernis für den Eintritt eines Arbeitenden sein darf. Allerdings wird in dem Text dem unorganisierten Arbeiter kein Hindernis bereitet, aber nach drei Wochen soll er sich einer Organisation anschließen haben. Wollten wir Parteipolitik treiben, könnten wir dem Reichsarbeitsministerium den Wortlaut des Tarifs entgegenhalten. Aber es kommt nicht darauf an; das Gesetz hat jeden zu schützen und die Arbeiter machen es jedem klar, daß die Konjunktur für Gelbe und Blaue vorüber ist. Zwischen dem formalrechtlichen Eingriff des Ministeriums und dem Rechtsgesühl der Arbeiter, die nicht wollen, daß jemand erntet, ohne bei der Aussaat zu helfen, klafft ein unüberbrückbarer Abgrund. Wir können die Verbindlichkeitsklärung dieser Bestimmung preisgeben, weil der zweite Satz des Absatzes die Entlassung der Neueingestellten, die sich nicht binnen dreier Wochen organisiert haben, fordert. Nach § 84 Ziffer 1 des Gesetzes darf aber eine Entlassung aus diesem Grunde nicht erfolgen. Auf gleichem Gebiet liegt es noch, wenn das Reichsarbeitsministerium auch die im Tarif enthaltene Bestimmung, die dem Ausschluß des Rechts gibt, die Belegschaft auf ihre gewerkschaftliche Zugehörigkeit zu kontrollieren, auf den Index setzt.

Unberechtigt ist uns aber, wie das Reichsarbeitsministerium dazu kommt, nicht nur den § 10 Abs. 2 und § 14 Abs. 7 von der Verbindlichkeitsklärung auszuschließen, sondern gleich die ganzen Paragraphen. Welchen Sinn hat es denn für den Wirtschaftsfrieden, wenn die nicht vom Tarif erfassten Betriebe ihre Neueingestellten nicht vom paritätischen Arbeitsnachweis beziehen? Das häuft nur Konfliktstoff, denn die Arbeiter und Angestellten werden doch dieser Willkür heute nicht mehr mit verschämten Armen zuschauen. Noch schlimmer ist die Ausschaltung des § 14 der Tarifbestimmungen, denn dieser Paragraph umschließt den Wirkungsbereich der Ausschüsse und enthält ihre Richtlinien. Mit Ausnahme des oben erwähnten Absatzes 7 gibt es an diesen Abmachungen nichts zu mäkeln. Es sei denn, das Reichsarbeitsministerium stoße sich daran, daß die Rechte der Ausschüsse hier und da über die im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Rechte der Betriebsvertretung hinausgehen. Aber sowohl in der Begründung des Gesetzes wie in der Kommission gab die Regierung die Erklärung ab, daß das Betriebsrätegesetz nur Mindestrechte vorschreibe, die durch Vereinbarungen überboten werden könnten, und sämtliche Kommissionsmitglieder schloßen sich dieser Erklärung an. Aber was hat alles das zu sagen. Das Reichsarbeitsministerium schließt alle Tarifpositionen, die den Arbeitern und Angestellten mehr Rechte zubilligen als ihnen nach dem Betriebsrätegesetz zustehen, von der Verbindlichkeitsklärung aus.

Wenig unberechtigt ist die Ausschließung des dritten Paragraphen. Der § 28 des Tarifs gibt jedem Angestellten das Recht, Einsicht in die ihn betreffenden Personalakten zu nehmen. Es lag im Zuge der Zeit, daß diese ständliche Geheimwirtschaft endlich durchbrochen wurde und die beteiligten Organisationen sind stolz auf diesen Erfolg. Aber die Geheimwirtschaft im Reichsarbeitsministerium will vom Zuge der Zeit nichts wissen und so beruht sie wenigstens die Kleinbahn in den nicht vom Tarif erfassten Betrieben unter diesem schändlichen System weiter zu setzen.

Gleichwertig stehen den jahrelang geknechteten Kleinbahnern starke Organisationen zur Seite, die gar nicht daran denken, vor einem Sturz der Geheimräte zurückzukaufen. Sie werden allen Verufen auf das Reichsarbeitsministerium ihren Willen entgegenzusetzen. Sollte es darüber zu Auseinandersetzungen kommen, dann hat das Reichsarbeitsministerium wenigstens das Verdienst und Bewußtsein, den Wirtschaftsfrieden gestört zu haben, während es in Wirklichkeit den Wirtschaftsfrieden fördern soll.

Karl Lindow.

## Zum Elektrizitätsstreik Golpa-Bitterfeld-Schornewitz.

Dem Betriebsrat der St. E. W., Schiffbauerdamm 22, erhalten wir folgende Zuschrift:

Im Anschluß an unsere Mitteilungen vom 8. d. M. halten wir es für unsere Pflicht, die Öffentlichkeit und besonders die werksichtige Bevölkerung auf die drohende Stromerlöschung, die eine Massenbetriebsstilllegung in Gefahr haben müßte, aufmerksam zu machen.

Seit fast einer Woche stehen die Grubenarbeiter des Braunkohlenreviers Golpa und jetzt auch die Arbeitnehmer des Elektrowerkes Schornewitz, welches Berlin mit Fernstrom versorgt, im Vorkampfe.

Die Arbeitnehmerschaft der St. E. W., die mit fast übermenschlicher Kraft den ausfallenden Strom von Schornewitz durch eigene

Erzeugung wettgemacht hat, ist jedoch am Ende ihrer Kraft und bei einer Solidaritätsaufforderung der Schornewitzer Kollegen nicht willens, Streikarbeit zu verrichten.

Auf Veranlassung des Betriebsrates der St. E. W. ist heute in Gemeinschaft mit dem Verband der Maschinen- und Heizer und dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, Kollegen Sabbat, das Reichsarbeitsministerium aufgefordert worden, als Schlichtungsinstanz den Arbeitgeberverband der Braunkohlenreviere an den Verhandlungstisch zu bringen, um so die drohende Gefahr für Berlin abzuwenden.

Die Betriebsräte der St. E. W. glauben somit alles getan zu haben, um das Gemeininteresse der Berliner Bevölkerung zu schützen, und müssen nunmehr die Verantwortung für das Nichtzustandekommen der Verhandlungen dem Arbeitgeberverband und dem Reichsarbeitsministerium überlassen.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft, Arbeiter und Angestellte bitten wir, für die Verbreitung der Feilen Sorge zu tragen und allen reaktionären Nachrichten von kommunistischen Quäken usw. entgegenzutreten.

## Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der Fortsetzung der am 28. Juni veranlagten Generalversammlung der Metallarbeiter, Verwaltungsstelle Berlin, am Montag, den 12. Juli, in den Sophienkassen, gab Kusch zunächst bekannt, daß es der Ortsverwaltung nicht möglich sei, dem in der letzten Generalversammlung von den Delegierten gefassten Beschluß, eine Aussprache in der Angelegenheit Hauptvorstand, Dymann und R. Müller vor der Generalversammlung herbeizuführen, nachkommen zu können. Es sei noch einmal die Aussprache in der mittleren Verwaltung zu Ende geführt, da immer nur einer der Beteiligten zur Stelle war. Dymann sei zurzeit im Saargebiet, wo der große Streik der Metallarbeiter ausgebrochen ist. Wenn sich die Gelegenheit biete, soll dem Beschluß entsprochen werden. Dem stimmte die Versammlung zu.

Den Antrag des 20. Bezirks betreffend Vertrauensmännerkonferenz, Anstellung von ständigen Beitragsnehmern, lehnte die Generalversammlung nach lebhafter Diskussion mit großer Mehrheit ab. Den Antrag der Vertrauensleute der V. M. A. G., Schwarztopf, Bildau, betreffend Gründung einer Branche für ungelernete Arbeiter, überweist die Versammlung der Verwaltung als Material.

Ein Antrag der Arbeitslosen, für die Generalversammlung den Delegierten der Arbeitslosen eine Entschädigung von 3 M. zu zahlen, wurde angenommen.

Ebenso die monatlichen Entschädigungen der Branchen- und Bezirksleiter zu erhöhen, und zwar prozentual nach dem Satz der erhöhten Entschädigung für Sitzungen der Funktionäre, der von 1 M. auf 3 M. erhöht worden ist.

Als letzter Punkt war ein Vortrag des Kol. Hedert vorgelesen, über: „Die Ursachen der Wirtschaftskrise und ihre Folgen“. Nach lebhafter Diskussion, an der sich Desselbarth, Albrecht, Ziska und R. Müller beteiligten, beschloß die Generalversammlung, den Vortrag als Broschüre drucken zu lassen und unter die Mitglieder zu verbreiten.

## Die Fensterputzer im Streik.

In einer am Montag stattgefundenen Vollversammlung der Fensterputzer wurde beschlossen, am Dienstag früh in allen Betrieben Berlins in den Streik zu treten, wenn die Unternehmer sich weigern, den geforderten Lohn von 225 M. zu zahlen.

Die Arbeitnehmer erklären, daß es ihnen nicht möglich ist, mit den bisher gezahlten Löhnen auszukommen. Der Schlichtungsausschuß, welcher in der Angelegenheit angerufen worden ist, hat den Arbeitern 180 M. zugesprochen, außerdem auch eine Erhöhung der Urlaubsgeld zugesagt. Die Unternehmer haben diesen Schiedspruch nicht angenommen, versuchen vielmehr, dieses lange Angebot zunichte zu machen.

Nach einer nochmaligen, ausgiebigen Erörterung der ganzen Angelegenheit erklärten die Versammelten, daß sie nunmehr ihrerseits den Schiedspruch ablehnen müßten, und entschloßen sich, die Arbeit niederzulegen, bis ihre ursprüngliche Forderung, Zahlung eines Lohnes in Höhe von 225 M. restlos erfüllt ist.

Die Streikenden richten nunmehr an die organisierte Arbeitnehmerschaft die Bitte, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Jeder Fensterputzer, welcher bei der Arbeit betroffen wird, muß im Besitze eines Ausweises der Zentral-Streikleitung sein. Kann er einen solchen nicht vorzeigen, ist derselbe als Streikbrecher zu betrachten.

## Die Organisationsvertreter bei den Laiengerichten.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Das Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgericht verfügt über einzelne Kammervorsitzende, die seit einem halben Jahre konsequente Versuche unternehmen, Organisationsvertreter, sofern sie Angestellte sind, als Prozeßvertreter abzulehnen. Hierbei tun sich besonders die Herren Krause und Reumann hervor. Der wirkliche Grund dieses Benehmens scheint uns nicht etwa darin zu liegen, daß gesetzliche Bestimmungen der Zulassung entgegenstehen, sondern vielmehr darin, daß beim Erscheinen eines Organisationsvertreters es nicht immer nach dem Willen des Kammervorsitzenden geht. Es ist dann nicht mehr so leicht, Vergleiche abzuschließen, die immer darauf hinauslaufen, die Interessen der Arbeitnehmer unter die Ächer zu bringen. Es gibt Vorkomnisse, die sich glücklich fühlen, wenn sie möglichst alle Klagen auf dem Vergleichswege erledigen. Daß diese Tendenz hervorragend befolgt wird, weist die Prozeß-Statistik auf. Jeder Vergleich bedeutet für den Arbeitnehmer den Verlust eines Teiles seiner Forderung. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist dadurch in vielen Fällen nicht mehr als solche anzusehen, wenn es dem Unternehmer gestattet ist, jederszeit einen ausgebildeten Juristen zum Prozeßvertreter zu ernennen. Er braucht sich nur den Luxus leisten, denselben zur ständigen Wahrnehmung seiner Prozesse in seinem Betriebe anzustellen.

Gegen diese Vertreter von Arbeitgeberinteressen hat noch kein Gerichtsherr Einspruch erhoben, obwohl man von den Arbeitgebern behauptet kann, daß sie öfter als der Angestellte in der Lage sind, persönlich vor den Gerichten Klagen zu vertreten.

Kommt nun aber ein Arbeitnehmer, weil er die schmerzhafte Materie nicht beherrscht, auf die selbstverständliche Idee, die Hilfe seiner Organisation in Anspruch zu nehmen, und ein Angestellter seiner Organisation erscheint für ihn als Prozeßvertreter, so konstatiert der Gerichtsherr den Fall einer gewerkschaftlichen oder berufsmäßigen Prozeßvertretung, indem er begründet, daß ja die Mitglieder der Organisation das Gehalt der Organisationsvertreter aufbringen und darin eine Vergütung seiner Tätigkeit als Prozeßvertreter gegeben ist. Als ob das bei dem Juristen, der beim Arbeitgeber angestellt ist, nicht in viel höherer Maße der Fall ist. Solche reaktionären Ansichten sollten durch die Entwicklung der letzten Jahre eigentlich überholt sein. Die organisierten Arbeiter und

Angestellten sind jedenfalls nicht gewillt, sich ihr Recht noch länger schmälern zu lassen.

Die Inspektoren und Souffleusen der Berliner Bahnen protestierten in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung dagegen, daß bei den Abmachungen zwischen Bahnenverein und Genossenschaft über die am 1. Juni erfolgte Erhöhung des Mindestlohns für das künstlerische Personal ihre Interessen nicht genügend gewahrt wurden, so daß an den meisten Berliner Bahnen diese Berufsgruppe an der Erhöhung nicht teilnahm.

Die Inspektoren und Souffleusen, die bis jetzt zum künstlerischen Personal gezählt wurden, nahmen eine Entschädigung an, die das nicht genügende Eintreten der Genossenschaft für diese Berufsgruppe mifßbilligt.

Die leitenden Angestellten der Fachgruppe 7 versammelten sich kürzlich, um die Wahl einer Sektionsleitung vorzunehmen.

Sämtliche Anwesende waren sich einig darüber, daß trotz der Eigenarten, die ihre Stellung mit sich bringt, ihre Interessenvertretung nur in einer freigezwergschaftlichen Organisation, wenn auch in einer besonderen Sektion, erfolgen kann. Die Versammelten wählten sofort einen provisorischen Vorstand, der beauftragt wurde, die erforderlichen Schritte zu einer demnächst stattfindenden großen Versammlung zu unternehmen. Im Interesse ihrer eigenen Lage seien sich die leitenden Angestellten der Bedeutung dieser Neubildung bewußt. Kolleginnen und Kollegen, die positive Mitarbeit leisten wollen, bitten wir, sich zu wenden an den Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Belle-Alliance-Str. 7/10, Fachgruppe 7.

Ein Sechzigjähriger. Daß ein Mensch 60 Jahre alt wird, ist keine Seltenheit und an sich kein Anlaß zu besonderer Erwähnung. Wenn jedoch ein Sechzigjähriger von sich sagen kann „ich habe über die Hälfte meines Lebens im Dienste der Arbeiterbewegung verbracht“, so besteht eine gewisse Pflicht, eines solchen Lebens mit einigen Worten zu gedenken.

Diese Pflicht sei erfüllt gegenüber dem Gewerkschafts- und Parteigenossen Klapschus, der am heutigen 14. Juli seinen 60. Geburtstag begeht. Von Beruf Wächter, steht Klapschus bereits seit 25 Jahren als treuer Kampfgenosse in seiner Berufsorganisation — bis in die letzte Zeit sogar in leitender Stellung. Und wie in der Gewerkschaftsbewegung, so hat unter Jubel auch in der Partei stets seinen Mann gestanden. Indem wir dem alten Kampfgenosse am heutigen Tage die besten Glückwünsche darbringen, erlauben wir die Jüngeren unter uns, sich an seinem Arbeitseifer und seiner Ueberzeugungstreue ein Beispiel zu nehmen.

## Die Internationale Seemannskonferenz

ist am 11. Juli geschlossen worden. Vor ihrem Auseinandergehen nahm sie noch eine Vorlage an, wonach die Mindestgrenze für die Anwerbung von Seeleuten auf das vierzehnte Lebensjahr festgelegt wird.

**Achtung! Personal der Konditoreien in Groß-Berlin!** Die Konditoreibesitzer haben durch Ablehnung des Schiedspruchs des Schlichtungsausschusses bezüglich Festlegung zum Ausdruck gebracht, daß sie für ihre Waren wohl antändliche Preise zu nehmen verstehen, aber nur Hungerlöhne zu zahlen gewillt sind. Ueber weitergehende Schritte der Organisation soll in der am Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in Schulze's Praxiskasse, am Königsgraben 2, stattfindenden Versammlung beschlossen werden. Man sorge deshalb dafür, daß alles Personal der Konditoreien in dieser Versammlung erscheint.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Der Tarifvertrag für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Postmaterialien- und Sattler-Bedarfsartikelbranche ist zum Abschluß gelangt. Abzüge der Tarifverträge sind im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 16, Zimmer 88, zu jeder Tageszeit zu haben.

**Tarifliches aus dem Versicherungsgewerbe.** Zu dieser in Nr. 842 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz ersucht uns der Allgem. Verband der Versicherungsangestellten um Aufnahme einer Verichtigung, in der es heißt:

Der V. d. A. bestreitet in dem unter obiger Ueberschrift gebrachten Artikel dem Allgemeinen Verband der Versicherungsangestellten das Verdienst, bei dem am 6. d. M. stattgefundenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband die Regelung der Ueberstundenentschädigung herbeigeführt zu haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß ausweislich des vom Arbeitgeberverband gefassten Verhandlungsprotokolls, die Versammlung erst auf Antrag des V. d. A. in eine Besprechung der nicht auf der Tagesordnung vorgesehenen Regelung der Ueberstundenvergütung eingetreten ist.

Ueber die Zusammenfassung des vom Reichsarbeitsministeriums zu ernennenden Schiedsgerichts zwecks Regelung der Ortsklasseneinteilung sei bemerkt, daß laut Protokoll als Unparteiische für das Schiedsgericht je ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Finanzministeriums und des Reichsaufsichtsamtes, ferner je drei Vertreter von Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerseite gestellt werden sollen, von denen keiner dem Versicherungsgewerbe nahesteht soll. Das Recht, je einen Arbeitnehmerbesitzer zu stellen, nimmt jede der vier beteiligten Organisationen für sich in Anspruch, weshalb für die endgültige Stellung der Arbeitnehmerbesitzer, demokratischen Grund-sätzen entsprechend, die Anzahl der von den Organisationen vertretenen Versicherungsangestellten ausschlaggebend sein muß.

**Zentralverband der Angestellten.** Fachgruppe 10 (Öbleute): Fachgruppenversammlung am 15. Juli, 7 Uhr, Sophienkassen, Sophienstr. 17/18. (Tarifangelegenheiten.)

**Betriebsräte der kommunalen und handlichen Betriebe.** Gruppe 12. Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im großen Saal der Müller's Kasse, Kaiser-Wilhelm-Str. 31: Allgemeine Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Wahl der Leitung. Die Betriebsräte aller Betriebe müssen erscheinen. Organisationsausweis und Betriebsräteortnen legitimieren.

## Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage über man einen Nachbarn und eine Nummer der Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Einige Anfragen tragen man in der Juristischen Sachkunde. Band 3, 1. Teil der 3. Serie links vor. Schriftliche und Briefliche sind mitzubringen.

Schriftliche Anknüpfung wird nicht erteilt.

**Nr. 3. 100.** Der Müller, Oran für die gesamte Mühl-Industrie, Berlin Lehmer, Charlottenstr. 84. Wenden Sie sich doch an den Verband der Bäckerei- und Mühlenarbeiter, Schillerstr. 6.

Bericht für den redakt. Teil: Dr. Werner Bräuer, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schindler-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

**Dr. jur. Hermann Hermann**

**Briefkasten der Redaktion**